

# Gewerkschaft

**Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs**

Hauptschriftleitung: **E. Dittmer**  
 Berlin SO 36, Schlesische Str. 42  
 Fernsprecher: Amt F 8 Oberbaum 9491

Berlin, den 1. November 1930

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
 Bezugspreis:  
 Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

## 40-Stunden-Woche und 12 Proz. Lohnerhöhung fordert ein Unternehmer

**A**m „8-Uhr-Abendblatt“ vom 24. Oktober nimmt der Berliner Metallindustrielle **Erich Ledermann** zum Arbeitslosenproblem Stellung. Er sieht als einen Ausweg aus der Krise nur die sofortige Einführung der 40-Stunden-Woche mit einer Stundenlohnerhöhung um 12 Prozent. Die allgemeine Regelung müsse durch die Reichsregierung und schließlich durch die Regierungen aller Länder erfolgen. Den Gedanken der 40-Stunden-Woche hat auch die preußische Staatsregierung aufgegriffen, wie an anderer Stelle noch ausgeführt ist. Die interessante Begründung, die **Erich Ledermann** seinen Forderungen gibt und die wir allen Unternehmern zur Beachtung empfehlen, geben wir nachstehend wieder. Ueber Einzelheiten, die den Beifall der Gewerkschaften nicht finden, müßte natürlich verhandelt werden.

produkten nur einen sehr geringen Bruchteil der Gesamtherstellungskosten ausmacht, würde eine sogar große Lohnreduktion von 10 Proz. sich nur mit 2 bis 3 Proz. Verbilligung des Endpreises auswirken. Diese Verbilligung bietet keinen Kaufreiz, bedeutet jedoch in ihrem Ausgangspunkt, nämlich der Lohnreduzierung, eine große Gefahr für den Massenkonsum, der à tempo sinken würde in allen Artikeln, die über den allerdringendsten Lebensbedarf des Arbeiters hinausgehen. Hierdurch würde die Produktion erneut zu einer rückläufigen Bewegung gezwungen werden. So schließt sich der Circulus vitiosus, der von einer Lohnreduktion ausgehen würde, und wir sehen: mit einer solchen Maßnahme kommen wir nicht weiter! Was wir heute brauchen, ist ein positiver Vorschlag, mit dessen Hilfe die sofortige Einfügung aller Erwerbslosen in das Wirtschaftsleben beim augenblicklichen Stand der Fabrikations- und Warenumsätze möglich wird. Eine solche Maßnahme allein kann das Wunder bewirken, uns aus der pessimistischen, hoffnungslosen Atmosphäre herauszuführen. — Dieser Weg wird gefunden, sobald man sich darüber im klaren ist, daß die Krise der Arbeitslosigkeit kein speziell deutsches Phänomen, sondern über die ganze Welt fast gleichmäßig verbreitet ist. Infolgedessen kann die Ursache nur in einem Umstand liegen, der in allen Ländern und Kontinenten gleichartig vorhanden ist. Dieser Umstand ist die Entwicklung der Maschinentechnik und der Rationalisierungsmethoden, und daraus ergibt sich die Forderung, den Ausgleich zu finden zwischen der Arbeitsmehrleistung durch die Maschine und der Arbeitszeit des Menschen.

### Worte zur Zeit

Viel Haß und Hohn ist uns begegnet, und manche Wunde ward geschlagen und ungeachtet, ungeeignet blieb unser ernstes Schicksaltragen.

Nun aber heben wir die harten Hände um aller Niedertracht zu wehren und sind vom Anfang bis zum Ende die Kraft um unser Wert zu ehren.

Mit Schmutz hat man uns oft geschändet. Der Dolch der Feigen traf uns oft, daß sich der Suchende zum Besseren gewendet, erwartet war es und gehofft.

Nun sei die Langmut aufgehoben, wo Willkür frech das Recht verletzt und nach den vielen ersten Proben sei nun die Macht der Tat gesetzt.

O Volk, dein sind die großen Rechte, in denen Freiheit wirkt und lebt und sich der Mensch zum adligen Geschlechte, zur Krönung seiner selbst erhebt.

Nimm deinen Namen aus dem Schmutz der daß nicht geschändet ist der freie Geist, Lüge, der dich aus Niederungen hin zum Siege, zum Besseren, zum Großen weist!

Alfred Thieme

„Wir haben in Deutschland zurzeit drei Millionen Arbeitslose auf der Straße. Da nach dem Prinzip, jede unbillige Härte zu vermeiden, stets die jüngsten Arbeitskräfte entlassen werden müssen, lungert die Jugend und Zukunft Deutschlands irtätig herum. Durch diesen Umstand allein verlieren wir im wahrsten Sinne einen großen Teil unseres Volksvermögens, das mangels Rohstoffbasis in der Hauptsache in einer hochqualifizierten Arbeiterschaft besteht; denn jeder Arbeiter, der jahrelang seinen Beruf überhaupt nicht oder nur mit großen Unterbrechungen ausübt, verliert die qualifizierte Fähigkeit und büßt außerdem sein innerliches Verhältnis zum Beruf ein. Es ist kein Wunder, daß die also von der Arbeitslosigkeit betroffenen Kreise immer stärker radikalisiert werden, sei es nach rechts oder nach links, und ihr Heil bei jedem suchen, der überhaupt eine Aenderung verspricht.“

Die Regierung glaubt beruhigend zu wirken, indem sie die Forderung an Industrie und Handel stellt, die Preise abzubauen, und die Allgemeinheit schließt sich diesem Vorschlag gern und gedankenlos an. Wie sollen aber die Betriebe ihre Preise abbauen, die auf 30 bis 50 Proz. höhere Umsätze berechnet, ihre allgemeinen Unkosten nur unwesentlich ermäßigen können, und darum in der augenblicklichen Situation fast alle schon Geld zusetzen? In logischer Folge versuchen nun Industrie und Handel, um dem allgemeinen Verlangen nachzukommen, eine Verbilligung durch Lohnherabsetzung zu erzielen. Diese Maßnahme ist sachlich falsch; denn da der Lohn nur einen Bruchteil, bei Industrie-

Die fortschreitende Maschinentechnik muß ausbalanciert werden durch verkürzte Arbeitszeit, wenn der oberste Grundsatz in Kraft bleiben soll: daß alle Erwerbsfähigen sich im Produktionsprozeß betätigen. Bei dem jetzigen Stand der Arbeitslosigkeit und der Maschinentechnik ergibt sich zur Erreichung dieses Zieles, unter Berücksichtigung der letzten Ziffern über die Arbeitslosigkeit als Forderung:

### die zwangsmäßige Einführung der 40-Stunden-Woche.

Diese würde dazu führen, die Arbeitslosen bis auf eine Reserve von wenigen Prozent wieder einer Tätigkeit zuzuführen. Zwei weitere Bedingungen müssen dabei erfüllt werden:

1. das Lohneinkommen der Arbeiter nicht um 20 Proz. senken, denn dann würde die zu erwartende Erhöhung am Konsum stark beeinträchtigt,

2. die Verkaufspreise nicht zu erhöhen, denn hierdurch würde unser Exportgeschäft sehr gefährdet werden.

Der Weg, um diesen Forderungen Rechnung zu tragen wäre der folgende: Die Arbeiter erhalten bei einer Reduzierung der Arbeitszeit auf 40 Stunden eine

#### Stundenloohnerhöhung von 12 Prozent.

Durch die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden wäre somit jeder Betrieb gezwungen, 20 Prozent mehr Leute einzustellen. Hierdurch entstehen ihm naturgemäß erhöhte Unkosten, und es ist daher billig, daß dem Betrieb die Arbeitslosenbeiträge aus dem eigenen Betrieb zufließen, da er ja nicht nur die 10 Proz. Arbeitslosen, für die seine Beiträge verwendet werden, sondern sogar die doppelte Anzahl, deren Lasten auf den Schultern des Reiches liegen, von der Erwerbslosenfürsorge befreit hat. Wenn weiterhin der Krankenkasse 1 Proz. aufgebürdet wird, die vom Arbeitenden naturgemäß wesentlich geringer beansprucht wird als von den Erwerbslosen, dann ergibt sich für den Unternehmer eine Höchstmehrbelastung von 4,5 Proz.

Nur wenige Unternehmer werden behaupten können, daß diese Lohnerhöhung, die allerdings auch eine gewisse Erhöhung der allgemeinen Unkosten bedingen, nicht kompensiert werde durch die sofort einsetzende Umsatzsteigerung; denn heute fallen nicht nur die Erwerbslosen für den Konsum aus, sondern auch ihre noch tätigen Angehörigen und alle diejenigen, die ihre Entlassung über kurz oder lang befürchten müssen. Die große Zunahme der Sparkuthaben bei den Sparkassen spricht hierfür eine beredete Sprache. Danach kann kein Zweifel darüber bestehen, daß sofort mit der Eingliederung der Arbeitslosen in den Wirtschaftsprozeß die Umsätze und der Konsum einsehen müssen. Jeder, der seinen ersten Wochenlohn in die Hand bekommt, hat dringende Bedürfnisse zu befriedigen, vom Strumpf bis zum Hut, vom Kopftuch bis zum Bettuch.

Es sei ganz besonders darauf hingewiesen, daß kein Arbeitgeber gezwungen werden soll, Leute einzustellen; er wird lediglich gezwungen, nicht mehr als 40 Stunden zu arbeiten. Arbeitet er schon heute weniger als 40 Stunden, so berührt ihn die ganze

Regelung vorerst gar nicht, er führt seine Erwerbslosenbeiträge nach wie vor ab. Erreicht aber sein Umsatz eine Ziffer, die ihn zwingt, bei 40stündiger Arbeitszeit neue Leute einzustellen, dann fällt bei ihm der Beitrag zur Erwerbslosenfürsorge im selben Verhältnis zur Zahl der Eingestellten fort, und es kommt ihm der Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbslosenbeiträgen im selben Verhältnis zugute.

Falls der Umsatz sich erhöht, wird es auch erforderlich sein, die Arbeitszeiten zum Teil bei einzelnen Branchen zeitweise wieder heraufzusetzen. Um dies zu erreichen, muß der betreffende Arbeitgeberverband beim zuständigen Arbeitsamt um eine Verlängerung der Arbeitszeit nachsuchen; dieselbe ist zu verweigern, wenn mehr als 5 Proz. Arbeitslose in dieser Branche am Ort gemeldet sind, andernfalls ist eine Längerbeschäftigung zuzulassen, bis die Arbeitslosigkeit über die Fünfprozentgrenze steigt.

Es ist selbstverständlich, daß meine Vorschläge nur zum gewünschten Ziele führen können, wenn eine

#### allgemeine Regelung durch die Reichsregierung

getroffen wird. Versuche einzelner Arbeiterkategorien mit Arbeitgeberverbänden, sich zu einigen, müssen scheitern; denn das Äquivalent für den Unternehmer, für die Mehrbelastung, die ihm durch die Erhöhung der Stundenlöhne oder die Einstellung weiterer Leute entsteht, kann eben nur in der Sicherheit bestehen, daß der Konsum sofort einen starken Aufschwung nimmt. Der Streik der Metallarbeiter verschärft sich zusehends; er kann der Auftakt sein zu schweren wirtschaftspolitischen Ereignissen, keine Minute ist mehr zu verlieren.

Man muß sich darüber klar sein, daß diese Regelung für den Augenblick zutrifft, daß aber das Arbeitslosenproblem in derselben Form immer wieder auftauchen, und die Wirtschaft stets erneut gefährdet wird, wenn sich die Regierungen aller Länder nicht darüber im klaren sind, daß mit der immer fortschreitenden Entwicklung der Technik auch die Arbeitszeit dauernd reguliert werden muß.

## Dorschläge der preußischen Regierung zum Arbeitslosenproblem

Die preußische Staatsregierung hat der Reichsregierung Vorschläge zur Arbeitsbeschaffung unterbreitet, bei deren Durchführung der Arbeitsmarkt um etwa 430 000 Arbeitskräfte entlastet werden würde. Die Hauptpunkte dieses Arbeitsbeschaffungsprogramms sind:

**Keine Belegschaftsverminderung bei ausreichender Beschäftigung für 40 Wochenstunden.**

**Ein neues Berufsschuljahr zur besseren Vorbildung der Jugendlichen; 250 000 auf ein Jahr vom Arbeitsmarkt zurückgehalten.**

**Bisher 110 000 ausländische Landarbeiter zugelassen, jetzt: Preußen will deutsche Arbeitslose an ihre Stelle setzen.**

**Umfassende Meliorationsarbeiten zur Hebung des landwirtschaftlichen Ertrages. Jährliche Beschäftigungsmöglichkeit für 78 000 Arbeiter.**

Zu diesem Programm teilt der Amtliche Preussische Pressebienst folgendes mit:

„Das Staatsministerium unterbreitet der Reichsregierung den Vorschlag, alsbald durch Gesetz eine Regelung dahingehend zu treffen, daß bis auf weiteres alle Betriebe, die zu einer Einschränkung ihrer Arbeit gezwungen sind, so lange keine Verminderung ihrer Belegschaft vornehmen dürfen, als die von der Arbeitseinschränkung betroffene Belegschaftsgruppe bei einer Verminderung der Arbeitszeit noch mindestens 40 Wochenstunden oder 5 Tagesstunden Beschäftigung finden kann. Durch eine solche Maßnahme würde die weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit nicht unwesentlich gehemmt und gleichzeitig den individuellen Verhältnissen der einzelnen Betriebe genügend Rechnung getragen werden. Auch ein Personenwechsel innerhalb der Belegschaft würde hierdurch nicht verhindert.“

Das Staatsministerium einigte sich ferner darauf, durch eine vorübergehende Verlängerung der Schulpflicht um ein weiteres Jahr ein Zustromen von neuen Arbeitskräften auf den Arbeitsmarkt in der letzten Notzeit zu verhindern. Dabei ist daran gedacht, das weitere Schuljahr in erster Linie der Vorbereitung des Jugendlichen auf seinen künftigen Beruf zu widmen und die Ausbildung, die er so erfährt, bei seiner späteren Berufsausbildung in angemessenem Umfang zur Anrechnung zu bringen. Lediglich für diejenigen Jugendlichen, die das Ziel der Volksschule nicht erreichen und über deren mangelhafte elementare Kenntnisse in allen Wirtschaftskreisen immer wieder Klage geführt wird, soll

das neue Schuljahr zur Besserung dieser Kenntnisse innerhalb des Rahmens der Volksschule selbst verwandt werden.

Als weitere Anregung hat die preußische Staatsregierung, die schon in den vorangegangenen Jahren immer für den fortschreitenden Abbau des Kontingents dieser Arbeiter eingetreten ist, der Reichsregierung vorzuschlagen, alsbald klarzustellen, daß im nächsten Jahr keinerlei ausländische Wanderarbeiter (sogenannte Sachjengänger) für die deutsche Landwirtschaft zugelassen werden dürfen. Dadurch könnte etwa 110 000 Arbeitslosen Arbeit verschafft und dem unerträglichen Zustand ein Ende bereitet werden, daß bei einer deutschen Arbeitslosigkeit von fast drei Millionen Menschen über 100 000 Arbeitsplätze wieder von Ausländern eingenommen werden. Der immer wieder vorgebrachte Einwand, daß genügend deutsche Ersatzkräfte für diese Landarbeit nicht zur Verfügung ständen, wird reiflos widerlegt durch die Feststellungen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, nach welcher sich die schon jetzt in die Landwirtschaft in erheblichem Umfang vermittelten berufsfremden Arbeitskräfte und namentlich die Jugendlichen im allgemeinen recht gut bewährt haben, und daß die gegenteiligen Behauptungen, die gelegentlich in die Öffentlichkeit dringende Einzelfälle betreffen, keineswegs Allgemeingültigkeit besitzen.

Gleichzeitig hat der preußische Ministerpräsident in Ergänzung der obigen Vorschläge ein umfassendes Meliorationsprogramm des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Dr. Steiger, das ebenfalls die Zustimmung des Staatsministeriums gefunden hat, an den Herrn Reichskanzler weitergeleitet. Landwirtschaftsminister Dr. Steiger schlägt vor, im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms des Reiches mit größtem Nachdruck für die Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Meliorationen einzutreten. Der Landwirtschaftsminister stellt ein auf drei Jahre berechnetes Meliorationsprogramm auf, das für die Ostprovinzen etwa 90 Millionen Mark, für die übrigen Landesteile etwa 310 Millionen Mark vorsieht, also jährlich rund 135 Millionen Mark erfordert. Er verweist auf die große Bedeutung, die diesem Programm bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zukomme. Da nämlich bei Meliorationen durchschnittlich 70 Proz. der aufzuwendenden Mittel auf Löhne entfallen, so würden etwa 94,5 Millionen Mark jährlich für Entlohnung Verwendung finden und 78 000 Arbeitern auf diese Weise eine Beschäftigung sichern.“

## Neuregelung der Krisenfürsorge

Die Zahl der langfristig Arbeitslosen, die von der Arbeitslosenunterstützung bereits ausgesteuert sind, ist hoch, und sie wird, wie die Zahl der Arbeitslosen selbst, in der nächsten Zeit noch weiter steigen. Selbst wenn die Schätzung der Reichsregierung, die die weitere Steigerung der Arbeitslosenziffer während des kommenden Winters um eine Million veranschlagt, nicht voll eintritt, ändert das an der Lage nur wenig. Die Lasten aus dieser Not hatten bisher überwiegend, soweit die Unterstützung der Ausgesteuerten in Frage kam, die Gemeinden als Träger der Fürsorge zu übernehmen, denn von der Möglichkeit des § 101 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hatte der Reichsarbeitsminister bisher nur in geringem Umfang Gebrauch gemacht, und zur Krisenunterstützung waren nur wenige Gruppen zugelassen worden. Gemeinden und Gewerkschaften drängten auf eine Erweiterung der Krisenunterstützung. Auch unsere Organisation hat in einer Eingabe an den Reichsarbeitsminister die Zulassung aller Gruppen unserer Organisation zur Krisenunterstützung beantragt.

Der Reichsarbeitsminister hat nunmehr durch Erlaß vom 11. Oktober 1930 grundsätzlich fast alle Berufsgruppen zur Krisenfürsorge zugelassen. Ausgeschlossen bleiben Angehörige der Gruppe Landwirtschaft mit Ausnahme der landwirtschaftlichen Angestellten und die Berufsgruppe „Häusliche Dienste“. Mit Verordnung vom gleichen Tage ist unter Aufhebung früherer einschlägiger Verordnungen eine Neuregelung der Krisenfürsorge erfolgt. Erlaß und Verordnung treten am 3. November in Kraft. Diese Neuregelung befriedigt nicht.

Im folgenden geben wir ihren wesentlichen Inhalt wieder:

Die Höchstleistungen der Krisenfürsorge in den Lohnklassen I—V sind, soweit es sich um Arbeitslose mit mindestens einem zuschlagsberechtigten Angehörigen handelt, die gleichen wie in der Arbeitslosenversicherung. In den folgenden Lohnklassen werden folgende Einstufungen vorgenommen: Es werden gezahlt in der Lohnklasse VI die Sätze der Lohnklasse V, in der Lohnklasse VII und VIII die Sätze der Lohnklasse VI und in der Lohnklasse IX bis XI die Sätze der Lohnklasse VII. Arbeitslose ohne zuschlagsberechtigten Angehörigen der Lohnklasse V erhalten die Sätze der Klasse IV. Soweit sie höheren Lohnklassen angehören, wird ihre Unterstützung um eine Unterstützungsstufe niedriger gesetzt als die derjenigen mit zuschlagsberechtigten Angehörigen. Voraussetzung für den Anspruch ist Bedürftigkeit. Die Prüfung der Bedürftigkeit erfolgt wie bisher, jedoch soll die Bedürftigkeit besonders geprüft werden, wenn der Arbeitslose in dem Haushalt von Stief-, Schwieger-, Pflegeeltern oder Geschwistern aufgenommen ist oder beim Bestehen familienrechtlicher Ansprüche, auch wenn die Angehörigen nicht im gleichen Haushalt mit dem Arbeitslosen leben. Auf die Höchstleistungen wird eigenes Einkommen der Arbeitslosen, soweit es  $\frac{1}{3}$  der Höchstleistung in einer Kalenderwoche übersteigt, angerechnet. Einkommen von Angehörigen, die mit dem Arbeitslosen im gleichen Haushalt leben, wird auf die Höchstleistung angerechnet, soweit es 20 Mk. in der Kalenderwoche übersteigt. Dieser Betrag erhöht sich um weitere 10 Mk. für jede Person, die der Angehörige des Arbeitslosen auf Grund einer familienrechtlichen Unterhaltspflicht ganz oder überwiegend unterhält.

Auf die Unterstützung werden nicht angerechnet:

1. Unterstützungen, die auf Grund eigener Vorsorge für den Fall der Arbeitslosigkeit bezogen werden.
2. Aufwandsentschädigungen, die für die Ausübung öffentlicher Ehrenämter gewährt werden, jedoch nur insoweit, als sie die tatsächlichen Mehraufwendungen nicht übersteigen.
3. Leistungen der Wochenhilfe (§ 195a der Reichsversicherungsordnung) und der Familienwochenhilfe (§ 205a der Reichsversicherungsordnung).
4. Übergangsgrenze nach § 5 der Zweiten Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufstrankheiten vom 11. Februar 1929.
5. Pflegezulage, Führerzulage und Zusatzrente nach dem Reichsversorgungsgesetz und Pflegegeld aus der Unfallversicherung (§ 558c Abs. 2 Nr. 2 der Reichsversicherungsordnung).

6. Leistungen der öffentlichen Fürsorge auf Grund der Verordnung über die Fürsorgepflicht, insbesondere Leistungen der Wochenfürsorge.

Soweit Einkommen oder Einkommenseile bereits nach dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung auf die Unterstützung des Arbeitslosen selbst oder die Arbeitslosenunterstützung eines seiner Angehörigen angerechnet worden sind (Artikel 1 Abs. 1), bleiben sie bei der Berechnung der Krisenunterstützung anrechnungsfrei; im übrigen werden sie bei der Berechnung der Krisenunterstützung als Einkommen behandelt.

Zugelassen zur Krisenunterstützung werden in Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern Angehörige aller arbeitslosenversicherungspflichtigen Berufsgruppen, soweit sie nicht zu den eingangs genannten grundsätzlich ausgeschlossenen Gruppen gehören, nicht unter 21 Jahre alt und nicht am 3. November 1930 aus der Arbeitslosenunterstützung ausgesteuert sind. Zur Krisenunterstützung werden im Gegensatz zu früher nach dem 2. November diejenigen nicht mehr zugelassen, die „die Anwartschaftszeit nach § 95 A.D.A.V.G. nicht erfüllt haben, aber in der dort bezeichneten Frist wenigstens 13 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden haben“. Die Zulassung zur Krisenfürsorge in Orten unter 10 000 Einwohner erfolgt durch die Vorsitzenden der Landesarbeitsämter, soweit ein Bedürfnis dafür besteht. Die Zulassungsvoraussetzungen sind die gleichen wie in den Orten über 10 000 Einwohner.

Die normale Höchstdauer der Krisenunterstützung beträgt in Zukunft 32 Wochen. Für über 40 Jahre alte Arbeitslose kann sie durch den Vorsitzenden des Arbeitsamtes resp. durch die Spruchbehörde auf 45 Wochen verlängert werden, wenn die Lage des Arbeitsmarktes es erfordert. Dieselben Stellen können diese Zeiten auch verkürzen, wenn die Lage des Arbeitsmarktes das gestattet.

Bei der Durchführung der Krisenfürsorge soll im Einvernehmen mit den Gemeinden jede Möglichkeit, Pflichtarbeit einzurichten, ausgenutzt werden. Im übrigen sollen Maßnahmen der Vorsitzenden der Landesarbeitsämter erst nach „Fühlungnahme“ mit den Vertretern der beteiligten Berufe erfolgen.

In den Übergangsbestimmungen ist vorgesehen, daß zur Krisenfürsorge nur diejenigen neu zugelassen werden können, die nach dem 3. November aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert werden.

Für diejenigen, die am 3. November bereits Krisenunterstützung beziehen, bleibt einstweilen, höchstens jedoch bis zum 10. Januar 1931, die bisherige Unterstützungsdauer bestehen. Krisenunterstützungsbezieher, die am 10. Januar 1931 die neue Unterstützungshöchstdauer erreicht oder überschritten haben, scheiden am 24. Januar 1931 aus, wenn sie am 10. Januar 1931 nicht mehr als 36 Wochen Krisenunterstützung bezogen haben. Sie scheiden am 17. Januar 1931 aus, wenn sie am 10. Januar 1931 mehr als 36 Wochen Krisenunterstützung bezogen haben. Den Arbeitslosen, die am 3. November Krisenunterstützung beziehen, stehen diejenigen gleich, die an diesem Zeitpunkt infolge Arbeitsaufnahme den Krisenunterstützungsbezug bis zu vier Wochen unterbrochen haben. Das gleiche gilt für diejenigen, die am 3. November Krisenunterstützung beziehen und nach diesem Zeitpunkt infolge Arbeitsaufnahme den Unterstützungsbezug bis zu vier Wochen unterbrechen. Diejenigen, die am 3. November Krisenunterstützung auf Grund einer kurzen Anwartschaft (§ 101 Abs. 2 Ziffer 1) beziehen, erhalten diese höchstens bis zum 28. März 1931. Die vorstehenden Einschränkungen gelten auch für sie.

Die Unterstützungsgewährung erfolgt für diejenigen, die am 3. November Krisenunterstützung beziehen, erst vom 24. November 1930 nach der neuen Verordnung. Das gleiche gilt für diejenigen, die in der Zeit zwischen dem 13. Oktober und 3. November 1930 Krisenunterstützung beziehen, aber am 3. November 1930 in arbeitslosenversicherungspflichtiger Beschäftigung stehen.

S e p p e r t.

# Die Gewerkschaften zur Wirtschafts- und Finanzkrise

II.

(Schluß)

In der eingehenden Aussprache, die sich an das Referat von Leipart anschloß, wurde mit aller Entschiedenheit betont, daß der Ausgang der Wahlen vom 14. September die Aktionskraft der Gewerkschaften auf ihrem eigentlichen Tätigkeitsfelde in keiner Weise geschwächt habe. Sie haben daher keinen Grund, zu ihrer Kraft ein geringeres Vertrauen zu haben als vorher. Nicht dieses Wahlergebnis, sondern die schwere Wirtschaftskrise, die schon seit einem Jahr auf Deutschland lastet, erschwert es ihnen, dem Unternehmertum und der unter seinem Einfluß stehenden Regierung mit dem äußersten Nachdruck entgegenzutreten. — Der Gemeindeanteil an den Steueraufkommen ist im Verhältnis zu den Anteilen von Reich und Ländern gesunken. An Hand von Beispielen wurde gezeigt, wie ungünstig sich durch die starke finanzielle Belastung der Gemeinden die Behinderung der Kreditbeschaffung auf ihre Finanzgebarung auswirkte. Es wurde daher entschieden die Möglichkeit einer großzügigen Kreditbeschaffung für die Gemeinden gefordert.

Ohne Zweifel sei es auch notwendig, die Frage der übermäßig hohen Gehälter aufzugreifen und für eine Höchstgrenze der Pensionen von 12000 Mk. einzutreten. Wenn die Gehaltskürzung schon nicht vermieden werden könne, so müsse nach Möglichkeit ihre progressive Staffelung erreicht und vor allem eine Erhöhung der Freigrenze von 1500 auf 2000 Mk. durchgeführt werden.

Das Programm des Reichsarbeitsministeriums zur Wohnungswirtschaft wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Es bedeutet eine Verminderung der Arbeitsgelegenheit und ist für die Bauarbeiter doppelt belastend. Es sei kaum anzunehmen, daß die Steuerenkung, für deren Durchführung die Reichsregierung die 400 Millionen aus dem Aufkommen der Hauszinssteuer verwenden will, sich praktisch in einer Steigerung der Unternehmerinitiative auswirke. Vielmehr ist zu befürchten, daß die Arbeitslosigkeit wächst, wenn dieses Programm durchgeführt wird. Mit den zur Verfügung gestellten Mitteln können in den kommenden Jahren bis 1936 vielleicht 600000 Wohnungen gebaut werden, denen ein Bedarf von etwa 1½ Millionen Wohnungen bis zum Ablauf der Hauszinssteuer gegenübersteht. Es könne keine Rede davon sein, daß der freie Wohnungsmarkt mehr als höchstens 25000 Wohnungen jährlich finanzieren könne. Das Wohnungsbauprogramm dürfe nicht beschnitten, seine Durchführung nicht behindert, es müsse vielmehr dafür gesorgt werden, den ausländischen Kapitalmarkt für den Wohnungsbau mit zu erschließen.

Von verschiedenen Rednern wurde gefordert, daß der Bundesausschuß sich mit aller Energie gegen den Abbau der Löhne, namentlich gegen den Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie, wende. Es könne keinem Zweifel unterliegen, daß es sich bei dem Vorgehen der Metallindustrie nicht um eine Sache handle, die nur die Metallarbeiter angehe, denn die Lohnkürzung der Metallarbeiter würde nur das Signal sein für eine Kampagne, die sich gegen die gesamte Arbeiterschaft richtet.

In der Debatte über die Frage der Arbeitszeitverkürzung wurde sowohl die arbeitsmarktpolitische Bedeutung dieser Maßnahme gewürdigt wie auch die Notwendigkeit betont, die Durchführung der Arbeitszeitverkürzung im einzelnen an die Bedürfnisse der Betriebe anzupassen. Es wird von den Bedürfnissen des Betriebes abhängen, ob eine Verkürzung um täglich eine Stunde durchzuführen ist, oder ob die 40stündige Arbeitszeit auf fünf Arbeitstage wöchentlich zu konzentrieren ist. In Betrieben mit durchgehender Arbeit wird an die Schaffung sechsstündiger Arbeitsschichten zu denken sein, so daß in diesem Falle eine Gesamtarbeitszeit von 36 Stunden wöchentlich in Frage käme. Für kontinuierliche Betriebe würde eine sieben mal sechsstündige Arbeitszeit, gleich 42 Stunden, möglich sein. Die Einzelheiten einer gesetzlichen Regelung festzulegen ist Aufgabe der parlamentarischen Verhandlungen. In der Debatte wurde auch auf den Uebelstand hingewiesen, daß noch heute selbst die 48stündige Arbeitszeit weitgehend durch Ueberstunden überschritten wird. Die Zulassung von Ueberarbeit durch die Aufsichtsbehörden wurde scharf kritisiert, ebenso die mangelnde Kontrolle.

Priegel (Musikerverband) wandte sich gegen die Schwarzarbeit, unter der besonders die Berufsmusiker leiden. Er erwartet von den Gewerkschaftsmitgliedern, daß sie sich überall dagegen wenden, daß in ihrem Hauptberuf rollbeschäftigte Arbeitnehmer nebenher als Musiker tätig sind. Auch von anderen Verbands-

vertretern wurde eine eingehende Prüfung der Frage gefordert, inwieweit gesetzliche Maßnahmen durchführbar seien, um zu verhindern, daß unter Ueberschreitung der Normalarbeitszeit viele Arbeitnehmer neben ihrer hauptberuflichen Beschäftigung auch in anderen Berufen tätig sind.

Nachdem bereits in der Öffentlichkeit, und zwar von hervorragender Seite, die Herabsetzung der Dauer der Arbeitslosenunterstützung als Mittel zur Sanierung der Reichsanstalt erörtert wurde, sei auch die Abwehr dieser Absichten ein Erfordernis der Stunde. Die Politik der Arbeiterbewegung muß so gehalten sein, daß das Vertrauen der Arbeiterschaft nicht verletzt werde. In der gegenwärtigen Lage müssen die Gewerkschaften von der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags erwarten, daß sie alles tut, was geeignet ist, die Rechte und die Lebensinteressen der Arbeiterschaft vor dauerndem Schaden zu bewahren — ohne Rücksicht auf momentane Stimmungen. Die wirtschaftliche Situation ist aufs äußerste zugespitzt, wie das Sinken des Absatzes im Innern und der Rückgang der Ausfuhr zeigen. Es ist eine Senkung der Rohstoffpreise zu verzeichnen, der keine entsprechende Senkung der Fertigwaren, geschweige denn der Erzeugnisse des täglichen Bedarfs gegenübersteht. Die Hemmungen, die einer gesunden Gestaltung der Preise für alle Artikel des täglichen Konsums entgegenstehen, müssen beseitigt werden. Es liegen Äußerungen aus Unternehmerkreisen vor, aus denen sich ergibt, daß die Unternehmer nicht die Absicht haben, gleichzeitig mit der von ihnen angestrebten Beseitigung der Bindungen auf dem Gebiet der Lohnregelung auch die kartellmäßigen Preisbindungen zu lösen. Von der Regierung müssen daher Schritte zur Entlastung der Lebenshaltung gefordert werden.

Um die ungeheuren Verpflichtungen an Kreditzinsen und Reparationslasten, die auf Deutschland ruhen, einzuhalten, müsse die deutsche Wirtschaft ihre Ausfuhr gewaltig steigern. Eine Steigerung der Ausfuhr in dem notwendigen Ausmaß ist aber völlig unmöglich.

Alle Verbandsvertreter hielten daher den Zeitpunkt für gekommen, diese Tatsache offen auszusprechen und die verantwortlichen Führer der Wirtschaft ebenso wie die Staatsmänner in den großen europäischen Staaten und Amerika mit aller Entschiedenheit darauf hinzuweisen, daß man endlich, fast anderthalb Jahrzehnte nach dem Kriege, die deutsche Wirtschaft und die Weltwirtschaft von den Fesseln befreien müsse, durch die man die Bewegungsfreiheit der einen wie der anderen gelähmt hat. Die wirtschaftliche Vernunft müsse endgültig die politischen Dorurteile überwinden, die nicht zuletzt die starke Arbeitslosigkeit mit verschulden. Am Schluß der Aussprache nahm der Bundesausschuß einstimmig eine Entschließung zur Wirtschafts- und Finanzkrise an, die bereits in Nr. 42 der „Gewerkschaft“ wiedergegeben wurde und die u. a. die Vierzig-Stunden-Woche fordert.

In der Diskussion war auch die Frage aufgeworfen worden, ob es nicht notwendig sei, Sonderunterstützungen namentlich für arbeitslose ausgesteuerte Gewerkschaftsmitglieder einzuführen. Auf Vorschlag von Leipart wurde beschlossen: für die Zeit bis zum 1. April werden alle früheren Beschlüsse, die Sonderunterstützungen ausschließen, aufgehoben. Den Verbänden steht es frei, nach eigenem Entschluß, je nach ihren besonderen Verhältnissen und Möglichkeiten, außerordentliche Unterstützungen an Arbeitslose zu zahlen und Extrabeiträge dafür zu erheben.

Alsdann wurde die in Nr. 43 der „Gewerkschaft“ bereits abgedruckte Entschließung zu dem Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie einstimmig angenommen.

Am Schluß der Tagung sprach Leipart allen Teilnehmern den Dank des Vorstandes für ihre Mitarbeit aus. So oft die Kollegen Gelegenheit haben, zu den Arbeitern zu reden, werden sie der Ueberzeugung Ausdruck geben können, daß die Macht der Gewerkschaften unerschütterlich geblieben ist, ebenso ihr Wille, die Machtmittel der Bewegung zum Nutzen der Arbeiterschaft einzusetzen. Engels hat gesagt, daß die Geschichte der Arbeiterbewegung sich als eine Reihe von Niederlagen, unterbrochen von wenigen Siegen, darstelle. Trotz der Nöte der Gegenwart muß die große aufsteigende Linie der deutschen Arbeiterbewegung allen, die zu ihr gehören, sichtbar bleiben, diese gewaltige Aufwärtsentwicklung von Jahrzehnten, die uns die Gewähr des Erfolges sein muß. Auf zu neuen Siegen!

Amerika

# Gewerkschaftliche Auffassung in Europa und Amerika



Die europäische, ganz besonders die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist ausgesprochen klassenbewußt. Sie sieht in den Arbeitskämpfen nur eine Erscheinungsform des Klassenkampfes, der unvermeidlich in einer Gesellschaft ist, die durch das System der privatkapitalistischen Wirtschaft in eine Klasse der Besitzenden und eine solche des Proletariats gespalten ist. Das ist die Grundtendenz der europäischen Arbeiterbewegung, wobei sich noch mancherlei unterschiedliche Auffassungen über die Möglichkeiten dem Ziele näherzukommen ergeben. Diese Ideologie ist die Grundlage der politischen wie auch der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung.

Wer in dieser ein unbedingt notwendiges Erfordernis jeder konsequenten Gewerkschaftsbewegung sieht, wird allerdings durch die amerikanische Bewegung enttäuscht sein. Wohl gibt es auch dort Führer und Mitglieder in den Gewerkschaften, die in diesen Gedankengängen leben, aber ihre Zahl ist verhältnismäßig gering. Die amerikanische Gewerkschaftsbewegung hat sich offiziell keiner Theorie verpflichtet, die eine grundsätzliche Umgestaltung der

Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung für notwendig ansieht. Dabei verschließt sie sich aber keinesfalls den Nachteilen, die den arbeitenden Massen aus der geltenden Wirtschaftsordnung erwachsen und erkennt darin sehr wohl den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit. In diesem Punkte steht also die amerikanische Gewerkschaftsbewegung mit der europäischen auf derselben Linie,

was auch durch die Prinzipienklärung, die dem Statut des amerikanischen Gewerkschaftsbundes vorangestellt ist, gekennzeichnet wird. Notwendigerweise folgert aus dieser Erkenntnis auch die Anerkennung des Kampfes zwischen Unternehmern und Arbeitern, die aber noch nicht in dem Maße zu einer abgerundeten Theorie verarbeitet ist, wie in der Arbeiterbewegung der Alten Welt.

Es fehlt in der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung offenkundig jenes Klassenbewußtsein, das in der Ueberzeugung wurzelt, daß in der kapitalistisch wirtschaftenden Welt der Aufstieg der Arbeiter nicht anders möglich ist, als durch das Vorwärtsschreiten aller Klassen. Die unbestreitbare Tatsache, daß die amerikanischen Arbeiter durchschnittlich einen erheblich höheren Lebensstandard haben als ihre europäischen Klassengenossen, dürfte kaum ausreichen, diese Gesinnung zu erklären. Die ökonomischen Lehren des Sozialismus sind zwar auch in Amerika nicht unbekannt, aber trotz aller Propaganda haben sie bei der dortigen Arbeiterschaft noch nicht genügend Anklang gefunden. Um dies zu verstehen, muß man die von den europäischen abweichenden besonderen ökonomischen und gesellschaftlichen Zustände in der Neuen Welt kennen.

In der amerikanischen Union fehlt die alte Tradition der Herrenkaste. Es gibt keine mit politischen Privilegien ausgestattete Geburtsaristokratie. Wohl sind Familienreichtümer entstanden, die sich von einer Generation auf die andere vererben und auch in diesem Lande eine Aristokratie, nämlich die des Besitzes schufen, aber die Arbeitsschwielen an den Händen sind in der Familiengeschichte noch zu sichtbar, als daß die amerikanische Besitzaristokratie über ihre Kreise hinaus Eindruck machen könnte, wenn sie die Verächtlichmachung der Handarbeit ihren europäischen Genossen nachahmen wollte. Die europäischen Arbeiter, belastet mit dem Druck jahrhundertelangen Patriats, ringen noch mit sich selbst um das Bewußtsein wenigstens der gesellschaftlichen Gleichwertigkeit. Die amerikanischen Arbeiter kämpfen um die Erhaltung dieses Selbstbewußtseins, und je mehr die ökonomischen Veränderungen die Tatsache sozialer Differenzierung vergrößern, um so trotziger betonen sie ihre gesellschaftliche Ebenbürtigkeit. Der amerikanische Arbeiter tritt mit einer Sicherheit in den besten Gesellschaftskreisen auf, in denen unter gleichen

Umständen ein deutscher Arbeiter sich gelähmt fühlen würde. Ich erinnere mich dabei an ein Vorkommnis vor einigen Jahren, bei dem ein Akademiker einem deutsch-amerikanischen Arbeiter gegenüber die Verwunderung aussprach, daß er im größten und feinsten Stuttgarter Hotel — Hotel Marquardt — abgestiegen ist.

So hat in Amerika das persönliche Verhältnis und der Verkehr zwischen Arbeitern und Unternehmern ein anderes Gesicht, wenigstens äußerlich, und man stößt immer wieder auf das offensichtliche Bemühen der Unternehmer, zwischen sich und den Arbeitern ihres Betriebes eine Atmosphäre des persönlichen Vertrauens herzustellen, sei es auch nur aus dem Gedanken heraus, daß die Behandlung des Arbeiters als Gentleman förderlich auf seine Arbeitsleistung einwirke. Einen Umgangston, wie ihn vielfach noch europäische Arbeiter, wenn auch mit in der Tasche geballter Faust, so doch mit demütig gesenktem Kopf, über sich ergehen lassen müssen, würden sich die amerikanischen Arbeiter einfach nicht gefallen lassen.

Das stärkere vom Individuum ausgehende Selbstbewußtsein der amerikanischen Arbeiter ist einer der Gründe, die der Entwicklung



Die Insel Manhattan, der Kern New Yorks

eines Klassenbewußtseins nach europäischem Muster entgegensteht. Dem amerikanischen Arbeiter ist auch der Gedanke, einer untergeordneten Klasse anzugehören, so unerträglich, daß er sich gegen eine solche Erkenntnis aufs heftigste sträubt. Es läßt sich nicht bestreiten, daß die kapitalistische Entwicklung der Wirtschaft in Amerika dem einzelnen Arbeiter weit größere Möglichkeiten des Empor-

steigens offen gelassen hat, als in Europa, wo die strenge Klassenscheidung und die Besitzverteilung schon vollzogen waren, als die kapitalistische Wirtschaft begann.

Im öffentlichen Leben wird die Ehrung der Arbeit bewußt gepflegt, und bei politischen Wahlen hört und liest man die Kandidaten als Männer anpreisen, die sich aus ganz kleinen Verhältnissen emporgearbeitet haben. In Amerika sucht jeder Bewerber, um ein hohes politisches Amt zu erreichen, gerade die Tatsache, daß er früher Arbeiter war, und sich emporgearbeitet hat, in den Vordergrund zu stellen. Das sind typische Äußerungen einer allgemeinen Volkspoppe, die sich sehr von derjenigen in europäischen Ländern unterscheidet und die nicht ohne Einfluß ist auf die ideologische Einstellung der Arbeiterbewegung.

Zum Schluß noch kurz einige Zahlen über die amerikanische Gewerkschaftsbewegung. Die Berufssolidarität tritt bei den amerikanischen Gewerkschaften stärker in den Vordergrund als die Klassensolidarität. Die bisherigen Gewerkschaften sind entstanden, wo sie am leichtesten zu errichten und wo am schnellsten sichtbare Erfolge zu erzielen waren, d. h. vorwiegend bei den qualifizierten Arbeitern. Sowohl die ungelerten Arbeiter als auch die Angestellten in den Büros und Verkaufsgeschäften sind zum größten Teil noch vollständig unorganisiert.

Die freigewerkschaftliche Bewegung ist in Amerika allen anderen Richtungen weit überlegen. Die Mitgliederzahl der freigewerkschaftlichen Organisationen ist im Jahre 1928 gegenüber 1927 um 168 722 auf 5 548 794 gestiegen. Im Jahre 1928 waren kommunistisch organisiert 46 078, konfessionell 26 000 und syndikalistisch 89 200. Die Kommunisten, Konfessionellen und Syndikalisten haben gegenüber 1927 rund 45 Proz. ihres Mitgliederbestandes verloren. Sonstige Organisationen wiesen im Jahre 1928 rund 500 000 Mitglieder weniger gegenüber dem Jahre 1927, d. h. 1 237 224 Mitglieder auf. Die fortschreitende Entwicklung des Kapitalismus und das Ueberhandnehmen der Arbeitslosigkeit auch in Amerika bringen nach und nach die amerikanischen Gewerkschaften doch zu einer Aenderung ihrer Einstellung gegenüber der sozialen Fürsorge für den Arbeiter, und man steht heute z. B. der Einführung der Arbeitslosenversicherung auch in den Gewerkschaften nicht mehr so ablehnend gegenüber, wie das noch vor Jahren der Fall war.

## Ein Gang durch New York

Dom Pier, an dem die „Hamburg“ festgemacht ist, fällt der Blick auf einen Gasometer, der friedlich inmitten der angrenzenden Wohnhäuser steht. Diese sind schmutzig und die unterbrechenden Straßen noch mehr. Dreckshäuser, Berge von Holz und Stroh und Papiersegen liegen auf dem Fuß- und Fahrdamm. Sie liegen schon lange dort und niemand fällt — buchstäblich und bildlich — darüber. Auf der Fahrt ins Stadttinnere sehen wir aus unmittelbarer Nähe die ersten Wolkenkratzer, vereinzelt und in Gruppen: 20, 30, 40 und mehr Stockwerke übereinander. Man wundert sich über die geringe Stockwerkshöhe. Zwei Meter und ein wenig darüber ist nichts Seltenes. Zwischen und neben ihnen „kleine“, schmutziggraue Häuser; bei uns würde man sie Hochhäuser nennen. Und dann sehen wir so einen Wolkenkratzer von innen: ein Hotel. Wir begleiten einen Mitreisenden, dem ein Zimmer im 38. Stockwerk zugewiesen wird. 3000 Betten zählt dieses Hotel. Verwirrender Betrieb in der Eingangshalle des Hotels, wo man ausruht zwischen allen erdenklichen Verkaufsständen, zwischen konkurrierenden Telegraphenbüros, hegenden Menschen; neben sich eine wohl 60jährige Frau mit hochrotgeschminkten Lippen, zwischen denen eine Zigarette glimmt — ein maskenhaftes Gesicht. — Man sieht es in New York, daß eine Verkehrsregelung überhaupt erst mit Erfolg möglich ist, wenn der Verkehr diese gigantischen Ausmaße erreicht hat. Das klingt paradox, ist es aber wiederum nicht, weil der äußere Zwang offenbar überall eine der besten Voraussetzungen für den Respekt vor der Verkehrsordnung ist. Die läßt sich nicht mehr durch Lichtsignale und deutsche Methoden lösen. Der Verkehr ist drüben eine kostspielige Sache. Die Rettung sind Tunnels und Autostraßen, die nicht nur projektiert, sondern auch gebaut werden. Die Zweckmäßigkeit triumphiert, nicht Ästhetik, nicht städtebauliche Absicht. Zweckbauten sind auch die Wolkenkratzer, die nicht einem Größenwahn entspringen. — Die Insel Manhattan trägt den Kern New Yorks. Mit einigen anschließenden kleineren Inseln vereinigt sie auf kaum 50 Quadratkilometer Fläche rund 2½ Millionen Menschen und riesige Geschäfts- und Vergnügungsstraßen. Grund und Boden sind teuer, und was entscheidend ist für die Bauart: felsig. Er erzwingt und ermöglicht himmelragende Wolkenkratzer.

Unser erster Gang führt durch das Negerviertel New Yorks. Kleine, lockige Schwarzgesichter spielen auf den Straßen, lassen sich aber durch unsere Anwesenheit nicht stören. Aus den Fenstern schauen die üppigen Negerfrauen, während die schwarzen Männer hauptsächlich sich als Hafearbeiter und Boys ihr Brot verdienen. Aber man sieht auch viele Negermädchen und -frauen in feinen Sommerkleidern spazieren gehen; für den Anfang ein ganz ungewohnter Anblick. Doch gewöhnt man sich daran, ebenso wie an den Lärm in den Straßen, durch die die Hochbahn Tag und Nacht fährt.

Straßen und Häuser sind in diesem Viertel genau so wenig sauber wie in den anderen Gegenden New Yorks. Der fürchterlichste Anblick für einen Europäer sind die Zeitungen, die auf Straßen, Plätzen, Anlagen, in allen Bahnen herumliegen und deren Aufheben wirklich unmöglich ist. Bei dem Besuche eines Badeortes am Montag waren die Sand- und Rasenflächen am Strande derartig mit Papier übersät, daß kleine Oesen gleich aufgestellt waren, um wenigstens die größten Stücke beseitigen zu können; in den belebtesten Straßen sieht es nicht viel anders aus.

Der Weg führt weiter ins finstere Viertel, ins Chinesenviertel. Alle Schilder der Geschäfte sind in chinesischer Schrift

gemalt. Hier kommt es einem unheimlich vor, an allen Ecken der kleinen Gäßchen stehen Schußleute. Man erzählte, daß hier fast an jedem Tage Schärmüheleien stattfinden, und zwar der Chinesen unter sich. Nicht selten endet eine solche Geschichte mit einem Mord.

Nicht weit von den großen Brooklynbrücken ist das ita lienische Viertel. Etwa eine Million Italiener leben in New York. Dieses Viertel zeichnet sich dadurch aus, daß Männer, Frauen und Kinder auf Stühlen und Bänken vor den Häusern sitzen und sich erzählen. — Eines der saubersten Viertel ist das Judenviertel, in dessen Mitte die größte sozialistische Zeitung, der jüdische „Vorwärts“, zu finden ist, die eine Auflage von etwa 400 000 Exemplaren hat. Hier sieht man wirklich saubere Straßen, saubere Geschäfte und erkennt, daß diese Leute schon jahrzehntelang in New York zu Hause, also altansässig sind. Zeitung und alle Firmenschilder sind in hebräischen Schriftzeichen gedruckt. — Im Osten, aber weiter stadteinwärts, führte uns unser Weg auch über den Union Square. Hier steht an der Ostseite des Platzes das Gebäude der kommunistischen Zeitung „Die Freiheit“. Das Haus war geschmückt mit mannshohen weißen Streifen, auf welchen zum Kampf gegen den Polizeiterror aufgefordert wurde. Eine kommunistische Demonstration, die ich erlebte, wies in der 7½-Millionenstadt etwa 500 Teilnehmer auf. Die Polizei kümmerte sich um dieses Häuflein gar nicht, um es nicht interessant zu machen. — Nun ging es mit der Untergrundbahn nach der 86. Straße. Hier ist das deutsche Viertel. Alle Namen sind in deutscher Sprache, so z. B. die kleinen Restaurationen, die fast alle originelle bayerische Namen tragen, obwohl es in ihnen nur das ½prozentige amerikanische Bier gibt. Ein Odeonkino gibt es und anderes mehr.



Der Neubau des Chrysler-Hauses, das mit seinen 68 Stockwerken das Woolworth-Haus um 12 Stockwerke übertreffen wird

In der Nähe befindet sich auch das Gewerkschaftshaus, der Labour Temple, in dem ich oft Gast war. — Bei dem Gang durch die Straßen, in den wenigen Parks der Stadt, in der man stundenlang keinen Baum, keinen Strauch sieht, sehen wir nur die Masse Mensch. Einer Pilgerfahrt von Hunderttausenden gleicht der Menschenstrom, der sich Sonntags nach den Broux-Parks bewegt, dem ein Zoo angeschlossen ist. Hier sucht der Mensch Erholung — im Trubel. Der Mensch, der äußerlich typisiert erscheint und der es innerlich wird und ist, da das Durchschnittsbedürfnis dieser Millionen von Einzelwesen maßgebend ist für Wirtschaft, Politik, Kunst und Unterhaltung.

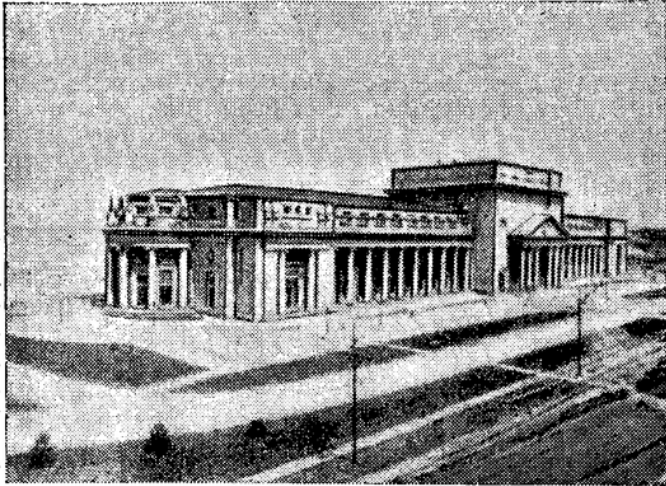
Der Mensch steht allein; der Staat hilft ihm nicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit. Er ist auf private Wohltätigkeit angewiesen, die geschäftlichen Charakter offenbart, wie es auch die Kirche tut. So viele Sekten, so viele Geschäfte, die Seelenfrieden, irgendwelche Daseinsverbesserungsideen oder Abwendung vom Diesseits in Zeitungsinseraten und durch Lichtreklame anpreisen. Der „Liebe Gott“ ist in Amerika nichts ohne geschäftliche Reklame.

Eine merkwürdige Welt, der wir sicher nicht näher kommen mit dem, was wir „Amerikanisierung“ heißen. Wir übernehmen Außerlichkeiten wahllos, gute und schlechte, beide wirken dort drüben in einem Ausmaß, das — eben amerikanisch ist. Df.

Der industrielle und kommerzielle Kapitalismus Amerikas ist „unwichtig“ im Wortsinne: nicht mit Resten einer von ihm überwundenen Ordnung durchsetzt wie in Europa. Darum konnte er sich drüben die Gesellschaftsform gestalten nach seinem Ebenbild und Herzenswunsch, nach seinen Daseinsforderungen und Wertvorstellungen.

## Als Luftpassagier über USA.

Die längste Passagier-Luftstrecke Nordamerikas ist die Linie von New York nach Los Angeles und San Franzisko, die von der Transcontinental Air Transport (T.A.T.) betrieben wird. Durch die Verbindung der Gesellschaft mit der Pennsylvania Railroad hat sich ein Gemeinschaftsdienst von Flugzeug und Eisenbahn herausgebildet, wie man ihn sonst auf der Welt nicht kennt. Es ist dadurch möglich geworden, für einen Preis, der nur wenige Dollar über dem Eisenbahntarif liegt, in knapp 45 Stunden von dem Osten Amerikas nach dem Westen zu kommen, wofür die Eisen-



Wasserkraftwerk Toronto (Kanada), Generatoren-Station, Kapazität 145.000 PS.

bahn immerhin noch 132 Stunden benötigt. Des Tags sieht man im Flugzeug, nachts fährt man im Schlafwagen, und so wie einem am Abend vor dem Zubettgehen auf dem kleinen Bahnhof von Waynoka im Staate Oklahoma an der Grenze von Texas das Abendbrot erwartet, so wird am andern Morgen in Clovis in Neu-Mexiko auf der Station der berühmten Santa-Fée-Eisenbahn auch ein schmackhaftes Morgenfrühstück serviert.

Columbus, Indianapolis, St. Louis, Kansas City, Wichita sind die Zwischenstationen nach Waynoka. Immer an der großen Eisenbahnlinie geht der Weg. Links und rechts daneben liegen viele staatliche Wetterstationen, und in ständiger Verbindung mit eigenen Beobachtungsposten braust das Flugzeug über das Land dahin. Texas durchquert man des Nachts im molligen Bett des Schlafwagens. Ueber Indianer-Reservationen, Oelfelder, Meteor-kratern, Wüsten und unbekanntem Dörfern fliegt man hinweg, bis das neue, leuchtendweiße Rathaus von Los Angeles, die Filmpaläste von Hollywood, der Stille Ozean auftauchen und heraufgrünen. Und nun führt der Flug an der Küste entlang weiter nach San Franzisko. Die Western Air Express hat auf dieser Linie den neuen großen Fokker eingesetzt, der bis zu 32 Passagiere trägt.

Nur um in Ruhe einmal vom Pilotensitz aus die glänzende Bodenorganisation zu studieren, nahm ich für den ersten Teil meines Rückfluges in einem Postflugzeug Platz, das des Nachts über die Rock Mountains und die Sierra Nevada seinen Weg sucht.

Eine ununterbrochene Lichterkette führt in das Gebirge hinein. An der schwimmenden Perlenkette springt man von Licht zu Licht. Auf jedem hohen Gipfel ein Leuchtturm, der von Minute zu Minute über 150 Blitze in die Dunkelheit wirft. Dieses großartige System der Flugicherung, das gerade in diesem Jahre noch weiter ausgebaut wird, weist dann noch auf der fast 1500 Kilometer langen Strecke von Cheyenne nach Chicago 34 Notlandeplätze und Flugfelder in großer Zahl auf. Amerika hat sich die Bodenorganisation schon etwas kosten lassen, allerdings ist der Ausbau der Flughäfen selbst sehr schlecht. Mit Tempelhof kann keiner konkurrieren.

Den Frauen widmet man eine ganz besondere Aufmerksamkeit. Aus den großen Hospitälern San Franziskos hat man sich die besten Berufspflegerinnen ausgesucht, sie mit dem Fliegen vertraut gemacht und dann in eine besonders entworfene, sehr kleidbare und praktische Stewardess-Uniform gesteckt. Sie sind mit Mitteln gegen Seekrankheit und Herzbeschwerden ausgerüstet.

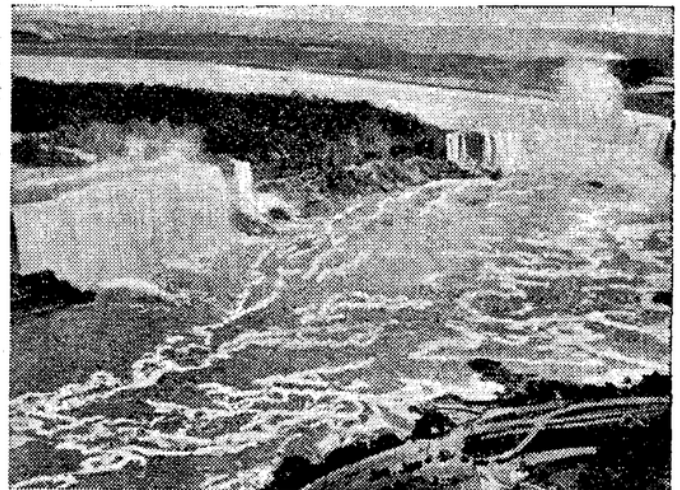
Amerika hat in den zwei Jahren, da sein Passagier-Luftverkehr nun besteht, unendlich viel von Europa gelernt, ist uns aber sogar in manchen Details von Wichtigkeit schon einfach davongelaufen. Es kann bald die Zeit kommen, da unsere Verkehrsleute von Amerika lernen müssen, wollen sie mit der Entwicklung des Luftreiseverkehrs Schritt halten. W. K. („Dossische Zeitung“.)

## Arbeiter in USA.

Das Bibliographische Institut A. G. Leipzig brachte vor einiger Zeit die Uebersetzung des Buches von H. Dubreuil, mit einem Vorwort von Dr. Ernst Michel, zurzeit Leiter der Akademie in Frankfurt a. M. (Preis kart. 5,50 Mk.) heraus, das allgemeines Aufsehen erregt hat. Wir haben das Buch studiert und finden, daß es für unsere Bibliotheken und den einzelnen empfehlenswert ist.

Gewiß, auch nach der Lektüre verbleibt ein gewisser Widerspruch, wie bei allen Darstellungen über Amerika. Es erklärt sich eben daher, daß auf diesem gewaltigen Erdkomplex Amerikas die mannigfaltigsten Dinge nebeneinander bestehen können. Fortschrittliche Rationalisierung neben rückständigstem Maschinenbetrieb. Wunderbare Bauten mit himmelanstrebenden Wolkenkrähern neben fürchterlichem Wohnungselend in gewissen Teilen New Yorks, die heute noch einem jüdischen Getto ähneln. Hinzu kommen die Unterschiede des fernen Westens gegenüber New York und Chicago, ferner die ungeheure Begünstigung, die ein Teil der Wissenschaft, Technik und Kunst erfährt und deren Resultate den Europäern als allgemeiner Amerikanismus dargestellt werden. Die Kinoindustrie bringt nicht nur Chaplin und andere auch von uns bewunderte Hollywood-Größen hervor, sondern sehr viel sentimentalen Kitsch, der für uns Europäer manchmal kaum erträglich erscheint. So sehen wir auch in diesem Buche eine Fülle von Derisivenartigkeiten nebeneinander, die man zum Teil als ungereimt betrachten könnte. Andererseits ist der Verfasser Dubreuil ein wirklicher Arbeiter, der ähnlich, wie unser Genosse Fritz Kummer, Amerika an der Arbeitsstätte kennenlernte.

Das Gesamtergebnis seiner Betrachtungen ist recht günstig für Amerika und — sehr ungünstig für Europa. Der amerikanische Arbeiter hat nicht nur größere Freiheit, sondern es wird auch versucht, das Interesse an der Arbeit durch relativ hohen Akkordlohn sowie durch eine Art Gruppenakkord wachzuhalten, wie er z. B. in Frankreich fast gar nicht, in Deutschland hingegen auch zu erheblichem Teil in manchen Industrien besteht. Auch die vielen Orakelsprüche über die schwindende „Verblödung des Menschen“ durch die Mechanisierung der Arbeit und die vollständig verschwundene Arbeitsfreude werden von Dubreuil geradezu widerlegt. Er behauptet, daß die ganze Art des Aufbaues der amerikanischen Industrie es dem Arbeiter viel leichter und erträglicher mache, sich mit seinen ewig wiederkehrenden Arbeitsgriffen am laufenden Band abzufinden. Es ist natürlich sehr gewagt, diese Auffassung, die vielleicht für eine Industrie richtig sein kann, für alle Arbeit zu verallgemeinern. Sicher aber ist durch die allgemeine Tendenz in Amerika, die Arbeit in der Industrie auch finanziell lohnend zu gestalten, ein erheblicher Unterschied gegenüber der europäischen Stellungnahme des Unternehmertums.



Der Niagara-Fall aus der Dogelschan

Es ist kennzeichnend, daß Ford in diesen Tagen, da man den Berliner Metallarbeitern einen Lohnabzug von 8 Proz. aufzwingen will, seine Löhne in Berlin und in Köln auf 2,50 Mk. pro Stunde erhöht hat. Dazu kommt, daß Ford auch hier in Deutschland wie in seinen amerikanischen Fabriken Detroit die Fünftagewoche = 40 Stunden bereits konsequent durchgeführt hat. — Daß diese Beobachtungen und Ergebnisse den Verfasser zu sehr optimistischen Auffassungen geführt haben, ist gewiß verständlich. Wir möchten aber doch betonen, daß Amerika viel zu groß und weitsichtig ist, als daß es aus einem einzigen Gesichtswinkel gesehen werden könnte. E. D.

## Sein Liedchen bläst der Postillon

Der Postmeister von New York gibt uns, die wir das Postamt in Augenschein zu nehmen wünschen, die Erlaubnis.

„Dorher will ich Ihnen sagen, was wir leisten. Wollen Sie?“  
„Sicherlich.“

Da singt der kleine Postmeister des großen New York ein Liedchen mit folgendem Text:

„Wir haben 18 000 Angestellte. Wir empfangen, liefern ab und befördern täglich 16 Millionen Stücke gewöhnlicher Post. Wir empfangen, liefern ab und befördern täglich 156 000 Einschreibebriefe. Wir empfangen, liefern ab und befördern täglich 75 000 versicherte und Nachnahmepakete. Wir wiegen und befördern täglich 600 000 Pfund Zeitungen und Zeitschriften. Wir finden täglich 100 Dollar in unbestellbaren Briefen. Wir erzielen jährlich 30 000 Dollar durch Verfeigerung unbestellbarer Pakete. Wir erhalten täglich 2100 Adressenänderungen. Wir behandeln täglich 350 000 Stücke falsch dirigierter Post. Wir finden täglich die Empfänger von 200 unadressierten Paketen heraus. Wir erhalten täglich 80 000 Poststücke ohne Angabe der Straße. Wir versehen täglich 36 000 Poststücke nach dem Adreßbuch mit Angabe von Straße und Hausnummer. Wir lösen täglich 252 000 Dollar für Postgebühren. Wir zahlen jährlich 165 Millionen Dollar Postanweisungen aus. Wir haben im Postsparkassendepot 25 Millionen Dollar. Wir haben 92 000 Postsparkassen-Einleger. Wir nahmen vom 30. Juni 1927 bis zum 30. Juni 1928 77 165 071 Dollar ein gegen 74 443 632 Dollar im Vorjahre.“

Der allerglänzendste postalische Fachmann ist sicherlich der Postmeister selbst, laut Aussage des jungen Mannes, der uns bei ihm angemeldet hat. Sicherlich ist der Postmeister auch ein ebenso glänzender Republikaner, wie er der glänzendste Fachmann ist; wäre aber der Demokrat Smith statt des Republikaners Hoover zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt worden, so hätte sich sicherlich der glänzendste postalische Fachmann von seinem Amte entfernen und ein (wohl vorher vorbereitetes) Privatgeschäft übernehmen müssen, und an seine Stelle wäre sicherlich ein postalischer Fachmann demokratischer Färbung getreten. (Der geneigte Leser wird sicherlich die häufige Anwendung des Wortes „sicherlich“ verzeihen, es muß in jeder amerikanischen Gesprächswendung mindestens einmal vorkommen.)

Während wir uns solcherart den tiefen philosophischen Gedanken über die Vergänglichkeit aller irdischen Macht innerhalb des New Yorker Postbezirks hingeben, tritt der Mann ein, der unsere Führung übernehmen soll. Er sieht so amerikanisch aus, als ob sein Ahn mit der Karawelle „New Netherland“ vor dreihundert Jahren auf Manhattan Island gelandet und mit den Mohawk-Indianern zu handeln begonnen hätte. Andererseits sieht er auch einem Rechtsanwalt in unserer Heimat ähnlich.

Wir gehen durch die Hallen des Postgebäudes, das außen ein marmorner Griesentempel und innen eine häßliche Fabrik ist, an schreibenden, tragenden, werfenden oder sonstwie hantierenden Weibern vorbei, unter denen wir gleichfalls Bekannte finden, und auch an Negern, bei denen sich aber keine landsmannschaftliche, verwandtschaftliche oder militärische Beziehung feststellen läßt.

Allen in den Manipulationsräumen tätigen Menschen zu Häupten rollen in drahtgeflochtenen Röhren die Postsendungen, vor ihnen rollen die Fließbänder, und unter dem Boden, auf dem sie stehen, rollen Eisenbahnzüge.

Die Pace-up-table, einen stählernen Tisch, umsäumen zehn Männer, und zwanzig Hände bewegen sich, um die heransausenden Briefe auf zwei Gleise zu verschieben — die Briefe in länglichen Umschlägen auf das eine, die kleineren und die Postkarten auf das andere. Die Schienen führen zu den beiden Stempelapparaten, die stündlich nur 30 000 Briefmarken durch den Aufdruck New York, der Jahreszahl, des Datums und der gegenwärtigen halben Stunde entwerfen. Nicht mehr als 30 000 in der Stunde, also nur 720 000 im Tag. Wie aber sang uns der Postmeister so schön:

„Wir empfangen, liefern ab und befördern täglich 16 Millionen Stücke gewöhnlicher Post.“

Also sang er, und wenn auch die durchgehende Post bereits gestempelt ist, so bleibt doch mehr, als eine Iendensahme Stempelmaschine bewältigen kann. Deshalb sind sechzehn da, auf acht Pace-up-Tischen, umstanden von je zehn Männern mit zwanzig rasenden Händen, Postarbeit, Postarbeit! Bei den Einschreibebriefen geht es etwas ruhiger zu, doch flößen die Waffen Angst ein, die den hemdärmeligen Beamten aus der hinteren Hosentasche gucken, einschüchternd große Revolver, eher halbwildstige Kanonen.

Es wird auch geschossen. Hierher und von hier. Aber nicht Revolverkugeln sausen, sondern Granaten, regelrechte 32-Zenti-

meter-Geschosse. Statt mit Sprengstoff sind sie mit Briefen gefüllt; sie kommen und gehen durch die ganz New York durchlaufenden, pneumatischen Röhren, aus und zu den dreihundert Filialpostämtern. Per Sekunde lassen sich sechzehn dieser Granaten abfeuern; wehmütig denkt man bei ihrem Anblick an die idyllischen Tuben der heimatischen Rohrpost.

Dort, wo die Geschosse einfallen, und dort, wo sie in den Lauf geladen werden, sind Schwerarbeiter am Werk, von Öl und Schweiß trieben diese Postillone, für die Lenau keine Verse der Zuneigung gefunden hätte. Aber Schulter an Schulter mit ihnen wirken leichtbeschwingte Gesellen; sie haben nichts mehr mit dem Verschleßen der Riesenprojekteile zu tun, deren Zünder bereits abgeschraubt und deren Inhalte ausgeschüttelt sind. Sie verteilen die Briefe. Einen ganzen Paken in der linken Hand, schleudern sie mit der Rechten, routiniert wie alte Croupiers von Monte Carlo, einen Brief nach Philadelphia, einen nach Europa, einen nach Massachusetts, einen nach Chicago, einen nach Texas, einen nach San Franzisko, das heißt in die auf Rädern stehenden Säcke, die diese Städte- und Staatennamen tragen. Die Papierschlangen schwirren die Briefe in der Luft.

Transportation Plattform heißt die Rampe, auf der die Opfergaben abgeliefert oder weitergeleitet werden. Die Lastautos der Firmen und die der Postämter (ihre Karosserie ist meist ein riesenhaftes Drahtnetz) werden von Negern ausgeladen und die Fracht teils ins Innere des Hauses befördert, teils in Schächte geworfen, teils auf die Schütten. Auch Laufkrane rollen aus den Manipulationsräumen heran, um sich zu entleeren.

Tief unten: Eisenbahnzüge, fünfunddreißig nebeneinander. Dorthin kommt kein Spaziergänger, fahren keine Passagiere, die sich durch Herausstecken des Kopfes oder eines Armes verletzen könnten, dort wird niemand erwartet. Deshalb bedarf es keines Bahnsteigs, keiner Halle und keiner schamhaften Verkleidung der Felsen. An den grob gehackten Wänden der Schlucht reiben sich die Postzüge, so knapp gehts an den Felsen vorbei. Die Kanzleiräume unterscheiden sich nur durch ihre Dimensionen von denen der Privatfirmen. Aber der Untersuchungsabteilung, wo Reklamationen und mangelhaft adressierte Stücke behandelt werden, drücken der Detailberand und die Einwanderung (sozusagen ihren Poststempel auf. Vieles von dem, was aus dem allumfassenden Katalog von „Sears, Roebuck, Chicago“ oder einem anderen Mail-Order-Hause bestellt und geliefert wird, geht via New York. So schnell auch die Bestellung effektiert wird, die Lebensbedingungen des kleinen Mannes wechseln noch schneller. Da muß nun die neue Adresse ermittelt oder das Paket zurückgehalten werden, und das Postmagazin ist mit Ware gefüllt wie die Versandhäuser selbst.

Sherlock Holmes und Mezzofanti müßten ihre Künste vereinen, um die Adressen der Sendungen zu entziffern, die meist von Landarbeitern Italiens, Polens, der Slowakei und des Balkans an ihre in die Neue Welt ausgewanderten Verwandten abgehen. Oft fehlt der Bestimmungsort, aber man hat auf dem Postamt Straßenverzeichnis aller amerikanischen Städte, und wenn irgendwo 6404 Washington Street steht, so weiß man, daß eine Washington Street mit so hoher Hausnummer nur die von Philadelphia sein kann.

Die Pakete, deren Adressaten nicht ausfindig zu machen sind, werden geöffnet und ihr Inhalt sortiert, alte Männerkleider extra, alte Frauenwäsche extra, Hausgeräte und Stiefel extra; am Montag stellt man die Ware zur Besichtigung aus, am Dienstag versteigert man sie in der dichtgefüllten Auktionshalle. Heute ist Mittwoch und wir sehen die Partiewarenhändler und -händlerinnen allerhand Trödel mißvergünstigt betrachten, in Decken packen und in Bündel verschmüren. Gestern haben sie das erhandelt, heute tragen sie es davon, die Behauptung widerlegend, daß in Amerika abgehauchte Ware einfach weggeworfen und von niemandem aufgehoben werde. Ach, seht euch die Glendenmärkte des New Yorker Südoftens an — nur noch auf der Kasbah in Algier hält man solchen Dreck für marktfähige Ware!

„Tote Briefe“, solche, die ganz tot sind, werden vor der Ueberführung ins Krematorium noch obduziert, ob sich nicht ein Dollar oder ein Scheck in ihren Eingeweiden verberge. Eine Sektionsmaschine besorgt den Schnitt, und da liegen nun die postalischen Leichen mit aufgeklappten Leibern. Kommen die Anatomen und Jugen hinein, jeder in 3200 pro Tag. Wenn sich eine Banknote oder eine Geldanweisung findet, wird der tote Brief noch ein Jahr lang aufgehoben; hat sich bis dahin der Besitzer nicht gemeldet, so gehört das Geld dem Staat und der Brief dem Krematorium.

Egon Erwin Kisch: „Paradies Amerika“.



# Schifffahrt, Hafenbetriebe und Wasserbau

Wenngleich für unsere Kollegen der Reichsabteilung F. ein ausführlicher Bericht über die erste Reichskonferenz der Abteilung Schifffahrt, Hafenbetriebe und Wasserbau im Fachorgan „Verkehrsbund“ gegeben wird, halten wir es doch für erforderlich, unsere gesamte Kollegenschaft zusammenfassend darüber zu informieren. Die Konferenz tagte im Berliner Gewerkschaftshaus vom 18. bis 20. Oktober 1930. Außer den Vertretungen des Verbandsvorstandes usw. war die Mitgliedschaft durch 71 Delegierte vertreten. Namens des Verbandsvorstandes begrüßte Kollege Müntner die Konferenz. Er wies darauf hin, daß sich nach fast einjähriger Tätigkeit schon gezeigt habe, daß die Zusammenfassung der Kräfte im Gesamt-Verband eine Gewerkschaftstat war. Wohl gibt es divergierende Interessen; aber durch den engeren Zusammenhalt überwiegen die gemeinsamen Interessen weit stärker. Zu Vorsitzenden der Konferenz wurden die Kollegen Rudolph und Stier bestimmt.

Aus dem Bericht der Reichsabteilung, den Kollege Rudolph erstattete, ist ebenfalls zu entnehmen, daß die Zusammenarbeit der drei Berufsgruppen Schifffahrt, Hafenbetriebe und Wasserbau, die bereits 1928 in Hamburg beschlossen wurde, sich gut bewährt hat. Besondere Schwierigkeiten haben sich in der Binnenschifffahrt für die Arbeitnehmer entwickelt, infolge des Versailler Friedensvertrages. Insbesondere bei der Rheinschifffahrt 1928 wurde uns der schwere Abwehrkampf der Rheinschiffer aufgezwungen, in dem die Organisation sich gut behauptet hat. Der Lohndruck ist zum Teil durch die schlechteren Arbeitsverhältnisse des Auslandes hervorgerufen, insbesondere durch die erheblich schlechteren Tarifverträge der Holländer. Redner gibt ein anschauliches Bild der Verfüllung und Versippung des deutschen Schifffahrtskapitals mit dem des Auslandes in der Binnenschifffahrt am Rhein. Auf dem Elbe- und Oderstrom sind zwar keine größeren Lohnkämpfe erfolgt. Die sozialpolitischen Fragen in bezug auf Nacht- und Sonntagsruhe bedürfen jedoch einer baldigen gesetzlichen Regelung. Ebenso wird versucht, vom Internationalen Arbeitsamt aus die gesamten sozialpolitischen Verhältnisse der Binnenschiffer einheitlicher zu gestalten.

Bei den Hafentarbeitern ist es in letzter Zeit gelungen, eine bessere Regelung in der Frage der Erwerbslosenunterstützung für unständige Hafentarbeiter zu erreichen. Die organisatorische Entwicklung bei den Wasserbauarbeitern hat sich trotz der ungünstigen Wirtschaftskondition erfreulich verbessert. Ihre Zusammenfassung in der Reichsabteilung F. war eine unbedingte Notwendigkeit. Der Referent gab dann ein sehr anschauliches Bild über die Entwicklung der deutschen Seeschifffahrt unter besonderer Berücksichtigung der Organisation der Seeleute, deren Arbeitsverhältnis sich erheblich von dem der Hafentarbeiter und Binnenschiffer unterscheidet. Hier läßt allerdings die organisatorische Entwicklung noch viel zu wünschen übrig. Ein Hemmnis ist auch die alte Seemannsordnung, deren Neugestaltung trotz allen Drängens der Organisation noch immer nicht erfolgte. Der Redner stellt am Schluß seiner interessanten Ausführungen fest, daß das gemeinsame Wirken der Hafentarbeiter, Binnenschiffer und Seeleute sowie Wasserbauarbeiter bisher ein sehr fruchtbringendes gewesen ist.

Eine sehr rege Diskussion schloß sich dem Vortrage an. Es wurden insbesondere die Schwierigkeiten im einzelnen geschildert, wie sie sich in der Organisation bemerkbar machen, aber auch die Rückständigkeit des Unternehmertums, die noch immer an der alten Seemannsordnung festgehalten hat und auch sonst der Fortentwicklung erhebliche Schwierigkeiten macht. Mehrfach kam zum Ausdruck, daß der Maschinen- und Heizerverband, aber auch der Metallarbeiterverband die Einheitsorganisation auf den Schiffen in ihren Sonderbestrebungen gefährden und dadurch die gewerkschaftlichen Fortschritte erheblich erschweren. Anträge auf Wiederschaffung eines besonderen Organs für die Seeleute wurde einstimmig abgelehnt unter Hinweis auf das Gesamtorgan, das allen berechtigten Ansprüchen der Kollegenschaft nachkommt.

Hierauf hielt Kollege Dr. Hertneck-Berlin einen interessanten Vortrag über die „Schifffahrt und Weltwirtschaftskrise“, den wir in nächster Nummer der „Gewerkschaft“ im Auszuge wiedergeben.

Am zweiten Tage wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen mit einem Vortrag des Kollegen Dewitz-Hamburg, der als Gewerkekontrollleur tätig ist. Er berichtete über „Unfallgefahren und Unfallschutz für Hafentarbeiter, Seeleute, Binnenschiffer und Wasserbauarbeiter“. Der Redner brachte besonders interessantes

Zahlenmaterial und wies nach, daß die Unfallziffer nahezu die höchste aller Berufsgenossenschaften darstellt. Die Unterbringungsmöglichkeit auf den Schiffen läßt auch heute noch alles zu wünschen übrig. Trotz aller Bemühungen der Organisation sind Infektionskrankheiten sowohl als auch Unfallgefahren deshalb außerordentlich zahlreich, weil vielfach die Kontrolle nicht genügend ausgeübt werden kann, zum andern aber auch die bestehenden Bestimmungen den Verhältnissen nicht genügend Rechnung tragen. Wichtig ist, daß auch die Gewerbeaufsichtskontrolle von solchen Männern ausgeübt wird; die aus der Praxis des Berufes hervorgehen. Wiederholt sollten bezüglich der Traglasten der Hafentarbeiter besondere internationale Schutzbestimmungen durchgesetzt werden. Die Ratifizierung fehlt immer noch. Der Redner kommt zu dem Schlußergebnis, daß keine Berufsgruppe so stark unter den Unfallgefahren als die in der Reichsabteilung Zusammengeschlossenen zu leiden hat. Es muß deshalb erneut darauf gedrängt werden, daß die Gesetzgebung durch Neugestaltung einer Seemannsordnung auch diese Fragen besser berücksichtigt. Eine Entschliebung in diesem Sinne wurde angenommen. Auch an diesen Vortrag schloß sich eine überaus interessante ergänzende Diskussion.

Dann gab Kollege Doß-Berlin ein eindringliches Bild über „Sozialversicherung und Notverordnungen“, der die Auswirkung auf die Berufsgruppen der Reichsabteilung im einzelnen eingehend schilderte. In der Diskussion wies der Verbandsvorsitzende, Kollege Oswald Schumann, darauf hin, daß die Anträge und Anregungen zu den verschiedenen Fragen zwar wiederholt in einem Entwurfe zur neuen Seemannsordnung von den gesetzgebenden Körperschaften gefordert worden sind, daß aber andererseits auch jetzt diese Forderungen der Reichsabteilung an den Verbandsvorstand weitergeleitet werden könnten, damit zu geeigneter Zeit in den Parlamenten erneut von uns entsprechende gesetzgeberische Vorlagen gemacht werden.

Die neuen Sonderregelungen der Reichsabteilung wurden einstimmig beschlossen, ebenso die Wahl der Reichsabteilungsleiter. Zum ersten Vorsitzenden wurde Kollege Rudolph, als Stellvertreter Kollege Köhler gewählt. Sekretäre sind die Kollegen Doß und Scharlau.

In einem packenden Schlußwort wies Kollege Schumann darauf hin, daß noch große Kämpfe bevorstehen. Die Gewerkschaften haben beschlossen, auf Grund ihrer unmittelbaren Interessen sich an die Seite der Sozialdemokratie zu stellen, um Schlimmeres zu verhüten und den Faschismus nicht aufkommen zu lassen. Es blieb kein anderer Weg übrig, bezüglich der Mißtrauensanträge im Reichstage, als zur Tagesordnung überzugehen; womit durchaus nicht zum Ausdruck kommen sollte, daß wir der Regierung Brüning Vertrauen schenken. Wir können nicht wollen, daß die Arbeiterschaft zurückgeworfen wird. Dies muß verhindert werden. Diese Auffassung muß Gemeingut aller unserer Kollegen werden. Dann werden wir in dieser schweren Zeit das Vertrauen für die Führung im Kampfe haben, das wir benötigen. — Nach kurzem Schlußwort des Reichsabteilungsleiters wurde die Konferenz geschlossen. C. D.

## Politische und wirtschaftliche Wochenschau

3 184 000 Arbeitslose wurden am 15. Oktober gezählt. In Berlin erreichte die Zahl der Erwerbslosen 400 000, so daß fast jeder siebente Berufstätige in Berlin ohne Beschäftigung ist.

Ein Arbeitsbeschaffungsprogramm hat die preussische Regierung am 25. Oktober herausgegeben. Auf den Inhalt verweisen wir an anderer Stelle dieser Nummer der „Gewerkschaft“.

Ein Antrag der Kommunisten, Deutschnationalen und Wirtschaftspartei auf Auflösung des Preussischen Landtags wurde am 21. Oktober mit 240 gegen 189 Stimmen abgelehnt.

Eine furchtbare Grubenkatastrophe in Aszdorf bei Aachen am 21. Oktober hat 262 Todesopfer gefordert. — Am 25. Oktober erfolgte in einem Kohlenbergwerk bei Saarbrücken eine Schlagwetterkatastrophe, die nach vorläufigen Meldungen 110 Bergarbeitern das Leben kostete.

Die Verhandlungen über Kürzung der Arbeitszeit im Ruhrbergbau von 8 auf 7 Stunden, die am 20. Oktober geführt wurden, sind gescheitert.

Sebering ist wieder preussischer Innenminister seit dem 22. Oktober. Grzesinski wurde zum Polizeipräsidenten von Berlin ernannt. Dem bisherigen Polizeipräsidenten Börgiebel wird ein Regierungspräsidium im Rheinland übertragen.

Der Bund der Freien Gewerkschaften Oesterreichs hat beschlossen, an das Internationale Arbeitsamt in Genf einen Antrag auf internationale Herabsetzung der Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden zu richten.

Eine Wirtschaftskatastrophe des Faschismus in Italien zeigen die neuesten Berichte über die wirtschaftliche Lage des Landes. Sowohl der Absatz in Italien selbst als auch die Ausfuhr des Landes und der Frachtverkehr zur See und zu Lande sind bedeutend gesunken. Die Zahl der Arbeitslosen steigt.

Der Umsturz in Brasilien hat zum Rücktritt der Regierung geführt. Deutsche Opfer sind dadurch zu beklagen, daß der Dampfer „Baden“ der Hamburg-Amerika-Linie beim Auslaufen von Rio de Janeiro von einem Küstenfort beschossen wurde. Nach vorläufigen Meldungen hat die Beschädigung des Dampfers 27 Tote, 25 Schwerverletzte und etwa 30 Leichtverletzte zur Folge gehabt.

## Bildungsarbeit

### Das Berufsschulwesen für ungelernete Arbeiter in Deutschland

Von Oberschulrat J. Schult-Hamburg.

In nachfolgendem veröffentlichen wir eine Artikelreihe vom Hamburger Oberschulrat Genossen Schult über eine Frage, die für die überwiegende Mehrzahl unserer Kollegen von außerordentlicher Bedeutung ist. Wir möchten deshalb unsere Leser bitten, diese Ausführungen recht aufmerksam zu verfolgen, zumal das hier gebotene Material zum erstenmal in Deutschland bearbeitet worden ist. D. Red.

#### I.

Daß Lehrlinge aller Art neben ihrer Ausbildung im Betriebe auch noch eine gewerbliche oder kaufmännische Berufsschule besuchen, wird heute in Deutschland als selbstverständlich angesehen. Diese „gewerblichen“ oder „kaufmännischen“ Fortbildungsschulen haben sich ganz allgemein durchgesetzt und erfreuen sich bei allen Beteiligten einer großen Anerkennung. Der Lehrherr weiß die Vorteile, die ihm diese Schule verschafft, sehr wohl zu schätzen, der Lehrling im allgemeinen auch, ebenso die Eltern der jungen Leute und die älteren Arbeitskollegen der Lehrlinge; denn sie haben die Fortbildungsschule meistens auch einmal durchgemacht.

Sobald es sich jedoch um eine Fortbildungsschule für jugendliche Arbeiter ohne bestimmten Beruf handelt, werden die Beteiligten schwankend, ob für diese „Ungelernten“ eine Fortbildungs- oder Berufsschule wirklich zweckmäßig ist. Ich habe mich schon in früheren Aufsätzen über diese Frage ausgelassen und die Notwendigkeit der Berufsschule für die ungelerneten Jugendlichen aufs schärfste betont. Ich habe darauf hingewiesen, daß gerade diese Ungelernten es am dringendsten nötig haben, daß sich die Öffentlichkeit durch eine wirksame Bildungseinrichtung um sie kümmert. Ich habe auf ihre Erziehungsnot, auf ihre Aufgaben innerhalb unserer Wirtschaftsstruktur hingewiesen und daraus abgeleitet, wie nötig diese Berufsschule ist.

Das ist in früheren Jahren schon vom Gesetzgeber eingesehen worden. So wurde schon lange vor dem Ausbruch des großen Weltkrieges der § 120 der Reichsgewerbeordnung dahin ergänzt, daß die Gemeinden oder Gemeindeverbände festsetzen durften, daß auch die ungelerneten Jugendlichen zur Fortbildungsschulpflicht herangezogen werden dürften und daß in diesen Fällen die Arbeitgeber genau so wie die Lehrherren verpflichtet seien, den Jugendlichen die dazu nötige Zeit zu gewähren und sich den Orts- und Verbandsstatuten zu unterwerfen.

Seitdem haben zahlreiche Gemeinden von dem Recht, das ihnen die Reichsgewerbeordnung gibt, Gebrauch gemacht. In den meisten deutschen Ländern, von Preußen und einigen norddeutschen Kleinstaaten abgesehen, sind außerdem Landesgesetze gültig, die die Fortbildungsschulpflicht auch unabhängig von der Reichsgewerbeordnung regeln und die die Ungelernten ebenfalls der Berufsschulpflicht unterwerfen. Allerdings sind, besonders in den süddeutschen Ländern, die Bestimmungen derart, daß alle diejenigen, die nicht in einer gewerblichen, industriellen oder kaufmännischen Lehre sind, der allgemeinen Fortbildungsschule unterliegen. Das ist eine Art Fortsetzung der Volksschule ohne berufskundliche Grundlage, eine Art Wiederholungsschule, die meistens nur zwei Jahre umfaßt, während die Lehrlingsberufsschule drei bis vier Jahre dauert. Auch die wöchentliche Stundenzahl in der allgemeinen Fortbildungsschule ist niedriger als diejenige in den beruflichen Fortbildungsschulen. Sodann kann auf Antrag so ziemlich jeder Schüler, der die oberste Klasse der Volksschule durchgemacht hat, vom Besuch der allgemeinen Fortbildungsschule befreit werden.

Diese Regelung, etwas altertümlich, ist also sehr wenig erfreulich. — Wo aber Länder oder Gemeinden sich nach der Reichsgewerbeordnung gerichtet haben, ist der Stand der Fortbildungsschulen für ungelernete männliche Jugendliche schon wesentlich besser. Leider besteht über die Durchführung dieser Schulpflicht in Deutschland keine Statistik. Auch ist sonst darüber bisher kein brauchbares Material gesammelt worden. Der Verfasser dieses Aufsatzes hat sich darum die Mühe gemacht, durch Umfrage bei den Großstädten (über 100 000 Einwohner), den Mittelstädten (50 000 bis 100 000 Einwohner) und einer Anzahl kleinerer Städte (20 000 bis 50 000 Einwohner) eine Uebersicht darüber zu gewinnen, inwieweit die Berufsschulpflicht für die männliche ungelernete Jugend eingeführt ist, welchen Umfang sie hat, welcher Art der Unterricht ist, wie diese Klassen oder Schulen äußerlich ausgestattet sind, welche erzieherischen und fürsorglichen Maßnahmen in den Gemeinden für die Ungelernten getroffen worden sind und welcher Art die Lehrer sind, die den Unterricht erteilen und die Erziehung leiten.

Das Material ist recht interessant. Ich habe es in einer längeren Tabelle zusammengestellt, die ich jedoch an anderer Stelle veröffentlichen, da sie für diese Zeitung zu eingehend sein dürfte und wohl kaum das nötige Interesse erwecken kann. Ich will jedoch die wesentlichsten Ergebnisse der Umfrage hier mitteilen; denn unter diesen Ungelernten bilden die jugendlichen Verkehrsarbeiter eine ungewöhnlich große Zahl, in vielen Schulorten die Mehrzahl der Ungelernten überhaupt. Gerade die Verkehrsarbeiter haben ein Interesse daran, zu erfahren, wie für ihren jugendlichen Nachwuchs die Schul- und Bildungsfragen geregelt sind.

Da die kleinen Orte zwischen 20 000 und 50 000 Einwohnern nur eine untergeordnete Bedeutung in dieser Frage haben, sind sie von mir im allgemeinen unberücksichtigt gelassen worden. Wichtig sind natürlich in erster Linie die Großstädte. Jedoch haben auch die meisten Mittelstädte recht Interessantes über ihre Berufsschulklassen für ungelernete Jugendliche mitzuteilen. Ich habe mich auf die männlichen Ungelernten beschränkt; ich beabsichtige, mit einer späteren Umfrage Material auch über die weibliche Jugend zu sammeln.

Befragt worden sind 49 reichsdeutsche Großstädte. (Danzig ist darunter.) 48 berichteten, daß sie sämtlich die ungelerneten männlichen Jugendlichen zur Berufsschule heranziehen. Gladbach-Rhepelt hat die Schulpflicht nur in einem Stadtteil. Insofern ist also das Gesamtbild recht erfreulich; denn damit hat sich der Grundsatz, daß alle männlichen Jugendlichen die Berufsschule besuchen müssen, wenigstens in den Großstädten durchgesetzt. Das entspricht der Absicht des Artikels 145 der Reichsverfassung, der im übrigen leider noch Zukunftsmusik ist, da die Länder und Gemeinden aus finanziellen Gründen gegen seine Durchführung Widerstand leisten und das Reich das in Aussicht genommene Reichsgesetz zurückgezogen hat. Auch der sozialdemokratische Gesetzesentwurf über die Einführung der Berufsschulpflicht für das ganze Reich, ein Entwurf, der dem Reichstag vorgelegen hat, ist vorläufig zurückgestellt und wird bei der Reichsfinanzklemme auch wohl sobald keine Aussicht auf Verwirklichung haben.

Von den 45 Mittelstädten des Deutschen Reiches haben Rostock, Potsdam und Oldenburg geantwortet, daß sie die ungelerneten männlichen Jugendlichen nicht zur Berufsschule heranziehen, daß sie also von dem Recht, das ihnen die Reichsgewerbeordnung gibt, keinen Gebrauch machen. Von den restlichen 42 Mittelstädten hat Hildesheim geantwortet, daß sie nur einen Teil der ungelerneten Jugendlichen eingeschult haben, daß dort aber jugendliche Kutscher, Packer und Gläserpüler nicht schulpflichtig sind. Alle übrigen 41 Mittelstädte haben die männlichen ungelerneten Jugendlichen restlos der Berufsschulpflicht unterworfen. Auch dies Ergebnis der Umfrage kann also als erfreulich bezeichnet werden.

Die Zahlen der ungelerneten Jugendlichen, die die Berufsschule besuchen, geben zu Betrachtungen Anlaß. Die Gesamtzahl beträgt nach den Angaben der Städte in den Großstädten rund 74 000, in den Mittelstädten rund 12 000, in den 54 befragten Städten zwischen 20 000 und 50 000 Einwohnern rund 7 000. Die Gesamtzahl ist also von 100 000 nicht weit entfernt. Da es sich, von ganz seltenen Ausnahmen abgesehen, um drei Jahrgänge handelt, umfaßt also jeder Jahrgang rund 33 000 Jugendliche.

### Die Tat

Darum laßt uns alles wagen,  
Nimmer rasten, nimmer ruhn,  
Nur nicht dumpf, so gar nichts sagen,  
Und so gar nicht woll'n und tun.

Nur nicht brütend hingegangen  
Neugläubig in dem niedern Joch,  
Denn das Schien und Verlangen:  
Und die Tat, sie blieb uns doch.

Karl Marx.

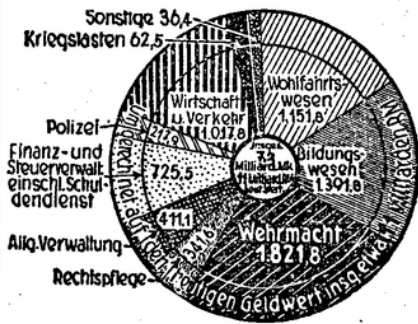
### Aus Politik und Volkswirtschaft

Der deutsche Reichshaushalt im Verhältnis zur Vorkriegszeit. Das Finanzprogramm, das von der Reichsregierung dem Reichstag vorgelegt wurde, bringt im Reiche eine Einsparung im Etat von nahezu 1 Milliarde Mark. Der Haushaltsplan des Reiches für 1931/32 wird also insgesamt mit etwas über 7 Milliarden abschließen, ungefähr dieselbe Summe, wie der Etat von 1927 auf 1928, über den die letzte Abrechnung aus Reich und Ländern vorliegt. Da die Ersparnisse in gleicher Höhe wie im Reiche auch bei den Länderregierungen durchgeführt werden sollen, dürften also die für das kommende Haushaltsjahr vorgesehenen gesamten öffentlichen Ausgaben ungefähr die Höhe der Ausgaben des Rechnungsjahres 1927/28 erreichen. Vergleichen wir die Summen, die die öffentliche Verwaltung heute im Verhältnis zur Vorkriegszeit

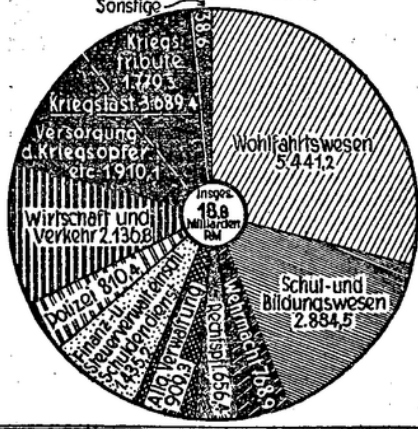
ausgibt, so sehen wir unter Berücksichtigung der Verminderung der Kaufkraft der Mark, daß statt 11 Milliarden im Rechnungsjahr 1913/14, 18,8 Milliarden heute von Reich, Ländern und Gemeinden ausgegeben werden. Von 7,8 Milliarden Mehrausgaben entfallen 3,7 Milliarden auf direkte Kriegslasten und 5,4 Milliarden auf Wohlfahrtsausgaben, die vor dem Kriege nur 1,2 Milliarden betragen haben. Man kann also behaupten, daß die erhöhten Ausgaben der öffentlichen Verwaltungen in hohem Maße durch den Krieg und seine Folgeerscheinungen verursacht wurden. Prozentual betrachtet nimmt der Wohlfahrts- und Kriegslastenetat heute die Hälfte der Gesamtausgaben der öffentlichen Verwaltungen ein, während er vor dem Kriege noch nicht einmal ein Viertel ausmachte.

### Wie hoch sind die öffentlichen Ausgaben?

Vor dem Kriege  
Rechnungsjahr 1913/14  
(in Millionen Mk)



Nach dem Kriege  
Unter dem Druck der Kriegslasten  
Rechnungsjahr 1927/28  
(in Millionen RM)



schmelzung, und diesmal stimmten 44,6 Proz. für und 54,8 Proz. dagegen, so daß zwar ein Fortschritt der Verschmelzungsidee zu verzeichnen ist, der aber angesichts der gegebenen Verhältnisse als ungenügend bewertet werden muß. Doch eins zeigt diese Entscheidung mit aller Deutlichkeit, nämlich daß der Organisationsgedanke bei unseren Kollegen unauslöschlich ist und daß der Zusammenschlußgedanke weder durch Verhandlungen am grünen Tisch, noch durch Kongreßbeschlüsse, sondern nur durch immerwährende Aufklärung und Erkenntnis der Mitglieder gefördert werden kann... Erst auf der nächsten Generalversammlung kann die Frage erneut aufgerollt werden, und es empfiehlt sich, dann schon bei den Delegiertentwahlen dazu Stellung zu nehmen.

Solche und ähnliche Erfahrungen sind ja bedauerlicherweise auch in anderen Verbänden mit Verschmelzungsurabstimmungen gemacht worden. Es bleibt also kein anderer Weg als systematische Erziehung der Mitglieder zum Gedanken der Konzentration der Gewerkschaften, wenn Verschmelzungen nicht durch Verbandsratsbeschlüsse herbeigeführt werden sollen oder können.

### Internationale Gewerkschaftsbewegung

27 internationale Berufssekretariate sind zurzeit vom Internationalen Gewerkschaftsbund anerkannt, die wir im nachfolgenden nach dem Stand vom 31. Dezember 1928 wiedergeben:

Berufssekretariat	Sitz der Zentrale	Länder	Organisationen	Mitglieder
1 Lebensmittelarbeiter	Zürich	20	31	812 563
2 Bauarbeiter	Berlin	19	25	958 141
3 Holzarbeiter	Berlin	25	48	1 018 783
4 Keramische Arbeiter	Berlin	6	6	141 789
5 Hutarbeiter	Altenburg (Thüringen)	11	12	35 851
6 Friseurgehilfen	Berlin	9	10	9 572
7 Lederarbeiter	Nürnberg	16	30	313 529
8 Diamantarbeiter	Antwerpen	7	9	23 891
9 Privatangestellte	Amsterdam	20	46	750 579
10 Bekleidungsarbeiter	Amsterdam	18	29	293 906
11 Hotelangestellte	Berlin	17	19	73 777
12 Lehrer	Amsterdam	6	7	98 601
13 Lithographen	Amsterdam	19	20	51 503
14 Metallarbeiter	Bern	19	28	1 732 817
15 Bergarbeiter	Brüssel	17	17	1 540 425
16 Maler	Hamburg	12	13	241 434
17 Steinarbeiter	Zürich	11	13	117 815
18 Post-, Telegraphen- u. Telephonarbeiter	Wien	22	32	440 722
19 Buchbinder	Bern	15	16	90 007
20 Oeffentliche Dienste und Betriebe	Berlin	14	14	512 436
21 Tabakarbeiter	Amsterdam	12	12	126 601
22 Landarbeiter	Berlin	12	15	297 845
23 Textilarbeiter	London	11	13	996 356
24 Transportarbeiter	Amsterdam	32	81	2 190 145
25 Buchdrucker	Bern	22	22	188 487
26 Fabrikarbeiter	Amsterdam	14	22	553 810
27 Glasarbeiter	Paris	12	13	98 676
Insgesamt		418	603	13 709 861

### Aus unserer Bewegung

Zwickau. Nach einem Referat über: „Unsere Stellungnahme zu den politischen Parteien“ nahm die Generalversammlung der Ortsgruppenverwaltung Zwickau gegen drei Stimmen folgende Entscheidung an:

„Die am 19. Oktober 1930 im „Volkshaus“ Meerane stattgefundene Delegierten-Generalversammlung des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs, Ortsgruppenverwaltung Zwickau, also die Orte: Zwickau, Werbau, Crimmitschau, Glauchau, Meerane, Kirchberg, Lichtenstein-Caulberg, Müllersgrund und die dazwischen liegenden Gemeinden, stellen sich nach eingehender Aussprache und Würdigung der im letzten Halbjahr geleisteten Gewerkschaftsarbeit auf den Standpunkt, daß mehr denn je die größte Konzentration der gewerkschaftlichen Arbeitnehmer notwendig ist. Dem Anstehen der Arbeitgeber und der gesamten reaktionären Kreise auf Lohnabbau muß der entschiedenste Widerstand entgegengesetzt werden. Die Funktionäre verpflichten sich deshalb, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Kräften für die Ausbreitung der freigewerkschaftlichen Idee Sorge zu tragen. Die Delegierten beurteilen aber auch auf das allerhöchste die kommunistische Partei, die mit allen Methoden versucht, die geeinte Gewerkschaftsbewegung zu zerstückeln. Die Beschlüsse der NGZ. im Jahre 1930 besagen ganz ausdrücklich, daß die deutschen Kommunisten versuchen, neben den freien Gewerkschaften kommunistische Gewerkschaften zu gründen. Diese Taktik bedeutet nichts anderes, als Handlangerdienst dem Kapitalismus zu leisten. Die Funktionäre erklären klar und bestimmt, daß solchen Methoden der Kommunisten der

Die Kupferschmiede lehnen Verschmelzung mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande ab. Die vom Kupferschmiede-Verband in der Zeit vom 4. bis 11. Oktober vorgenommene Urabstimmung seiner Mitglieder über die Verschmelzung mit dem Metallarbeiter-Verband hat folgendes Ergebnis gebracht. Von 7045 Mitgliedern beteiligten sich an der Abstimmung 5458 oder 77,5 Proz. Davon wurden abgegeben für die Verschmelzung 2433, gegen 2989 Stimmen. 36 Stimmen waren ungültig. Damit ist die Verschmelzung abgelehnt. „Der Kupferschmied“ sagt dazu:

Dieses Ergebnis dürfte nicht nur von unseren Mitgliedern, sondern darüber hinaus auch von anderen Gewerkschaftskreisen und insbesondere aber von den Metallarbeitern mit recht gemischten Gefühlen aufgenommen werden, nämlich insofern, als es von den Anhängern der Verschmelzungsidee aufs tiefste bedauert und von den Gegnern dieser Idee freudig begrüßt wird. Beiden Richtungen aber dürfte dieser Ausgang unerwartet, wenn nicht gar überraschend gekommen sein. Ueber-

raschend insofern, daß der Zusammenschlußgedanke in den vergangenen acht Jahren seit der letzten Urabstimmung trotz der Kongreßbeschlüsse und äußeren Einwirkungen nur so geringe Fortschritte gemacht hat. Selbst die günstigen Vereinbarungen und die Propaganda des Zentralvorstandes haben den Willen unserer Kollegen und ihre Liebe zur alten Berufsorganisation nur in geringem Maße zu beeinflussen vermocht. 1922 stimmten 25,6 Proz. der Abstimmenden für und 73 Proz. gegen die Ver-

energischste Widerstand entgegengekehrt werden wird, und daß derjenige, der da glauben sollte, innerhalb der freien Gewerkschaften Ministerarbeit zur Beförderung der Verbände zu leisten, sich ohne weiteres außerhalb der Gewerkschaftsbewegung stellt. Die verjammelten Delegierten sind sich in diesem Zusammenhang weiter einig, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die einzige parlamentarische Partei gewesen ist, die sich mit allen ihr zu Gebote stehenden Kräften für die Interessen der Arbeiterschaft und vor allem der Gewerkschaften eingesetzt hat. Sie erblicken in dieser Partei auch weiterhin ihre politische Interessenvertretung in dem Kampf um den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufstieg aller Arbeitnehmer."

## Internationale Rundschau

**Wohin der Nationalsozialismus führt.** Soeben ist der oberste Wirtschaftsrat Italiens, der „Nationalrat der Korporationen“ eröffnet worden. Mussolini hat diese Gelegenheit dazu benutzt, um eine grundsätzliche Rede über die Wirtschaftslage des faschistischen Staates zu halten, — eine Rede, die ihrer besonderen Bedeutung halber auch jenseits der Grenzen gehört werden sollte. Der Duce gab zunächst zu, daß Italien — entgegen seinen Erwartungen — unter der herrschenden Weltwirtschaftskrisis nicht minder leidet, als die anderen Länder, daß die Zahl der Arbeitslosen in ständigem Steigen begriffen und die Regierung gezwungen ist, Stützungsaktionen größten Stiles vorzunehmen, um die Schließung zahlreicher Betriebe, die vor kurzem noch in Blüte standen, zu verhindern. Mussolini führte besonders aus, daß die italienische Regierung trotz ernsthaftester Bedenken und lediglich aus dem Bestreben heraus, das weitere Anwachsen der Krisis zu vermeiden, vor zwei Monaten den italienisch-russischen Handelsvertrag abgeschlossen habe. Dieser Vertrag habe seinerzeit, soweit er einer weiteren Öffentlichkeit bekannt geworden sei, das größte Aufsehen erregt, denn der politische und weltanschauliche Gegensatz zwischen dem Faschismus und dem Bolschewismus sei zu fundamental, als daß die Annäherung zwischen Italien und der Sowjetunion sich habe unbemerkt vollziehen können. Zwar liege auf außenpolitischem Gebiete einer solchen Annäherung nichts im Wege; im Gegenteil, Italien und Rußland haben gemeinsame Feinde und gingen daher in vielem die gleichen Wege. Und doch mußte die Feststellung, daß von allen europäischen Ländern gerade Italien heute vielleicht die besten und innigsten Beziehungen zu Rußland unterhalte, als eine Sensation, als ein scheinbarer Widerspruch in sich wirken; aber über allem Politischen und Weltanschaulichen stehe nun einmal das Wirtschaftliche, — das Wirtschaftlich-Zweckmäßige und das Wirtschaftlich-Notwendige. Und dieses Gesetz habe Italien den Weg nach Rußland gewiesen, ebenso wie der Sowjetunion den Weg nach Rom. Mussolini verheimlichte nicht den Preis, den er für die Freundschaft mit Rußland bezahlt hat, und bestätigte damit die Vermutungen antifaschistischer Kreise: der italienische Staat trägt zu 75 Proz. die Bürgschaft für alle russischen Aufträge für Italien. Durch die Förderung des Handelsverkehrs mit der Sowjetunion, der erst im Anfange seiner Entwicklung stehe, hoffe er, Mussolini, der italienischen Industrie einen guten Dienst zu erweisen; die Ausmaße der wirtschaftlichen Depression in Italien seien in der Tat so groß geworden, daß die allgemeine Beunruhigung gebannt werden müsse. Am Schluß seiner Rede betonte und versicherte er, daß nunmehr die Krisis in Italien den Höhepunkt erreicht habe und daß „die Morgenröte unmittelbar bevorstehe“. Er stellte fest, daß die italienische Wirtschaft allen Grund habe, sich um die Weiterentwicklung zu kümmern und die Dinge nicht laufen zu lassen; die italienische Ausfuhr sei kürzlich zum erstenmal seit vielen Jahren unter die Ein-Milliarden-Grenze zurückgegangen (sie betrug im Juli dieses Jahres, dessen Zahlen vorliegen, nur noch 744 Millionen Lire, — ein Rekordtiefstand!). Und auch die Einfuhr nach Italien näherte sich dieser Grenze, während noch der Monatsdurchschnitt der letzten Jahre 1,8 Milliarden Lire betragen habe. Dagegen sei die Zahl der monatlichen Konkurse in ständigem Steigen begriffen und habe den höchsten, je dagewesenen Stand erreicht. Schließlich sei im Laufe der letzten zwölf Monate die Zahl der Arbeitslosen um 175 Proz. gestiegen, — während die Staatseinnahmen laufend zurückgingen. — Aus allen diesen Tatsachen, die nunmehr zum ersten Male öffentlich zugegeben werden, ergibt sich, daß es auch im Wirtschaftsleben kein faschistisches Wunder gibt: Italien hat mit denselben, vielleicht mit erhöhten Schwierigkeiten zu kämpfen, wie jedes andere Land, und ist genau in demselben Umfange an die Lagen der Weltwirtschaft gebunden. Diesen Standpunkt, den er lange von sich gewiesen und den er mit allen erdenklichen Mitteln bisher bekämpft hat, scheint Mussolini nun auch langsam eingenommen zu haben. Unter dem Druck der Notwendigkeiten. Damit aber gibt er eine der elementarsten Grundlagen des faschistischen Staates auf.

## RUNDSCHAU

**Furchtbare Grubenkatastrophe durch Dynamitexplosion.** In der Steinkohlengrube Anna 2 bei Alsdorf (Bezirk Aachen) ereignete sich auf Wilhelmschacht, 200 Meter unter der Erde, eine Dynamitexplosion von solcher Heftigkeit, daß selbst der Förder-turm und die Verwaltungsgebäude einstürzten und entfernt liegende Siedlungshäuser schwer beschädigt wurden. Hunderte von Bergleuten waren tagelang eingeschlossen. Soweit bis jetzt festgestellt, haben nicht weniger als 262 den Tod gefunden, 92 Verletzte liegen im Krankenhaus. Die Ursachen dieser entsetzlichen Kata-



Die Tränen von Alsdorf

strophe sind noch nicht festgestellt. An den Rettungsarbeiten beteiligten sich auch herbeigeeilte holländische Bergleute. — Die Grubenunglücke haben sich in letzter Zeit stark gehäuft — erst vor wenigen Wochen war das furchterliche Unglück in Neurode in Schlesien —, so daß den Ursachen energisch nachgeforscht und die Schuldigen exemplarisch bestraft werden müßten.

**Kleine Bosheiten.** Wir haben in der letzten Zeit wiederholt die Beobachtung gemacht, daß Organe der christlichen Gewerkschaften teils in offener, teils in versteckter Form die Sozialdemokratische Partei und die deutschen Gewerkschaften wegen ihrer Haltung zur Reparationsfrage angegriffen haben. Das wäre an sich zu ertragen, wenn diese Angriffe nicht mit ganz bestimmten Bosheiten gepickt wären. Noch schlimmer aber ist es, wenn in einer Zeitschrift der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, wahrscheinlich mit einer ganz bestimmten Absicht, der französische Minister Herriot als Sozialist bezeichnet und gleichzeitig ein Ausspruch von ihm zitiert wird, der besagt: „Es ist besser, die deutschen Arbeiter bezahlen den Krieg als die Französischen!“ Auf eine Unwahrheit mehr scheint es also den christlichen Gewerkschaften nicht anzukommen. Man stempelt ganz einfach Herriot zum Sozialisten, obwohl er es nie gewesen ist, und will den deutschen Arbeitern damit sagen: Da seht einmal hin, die französischen Sozialdemokraten sind der Meinung, daß die deutschen Arbeiter gerade gut genug dafür sind, die Kosten für den Krieg zu bezahlen. Das ist Demagogie, deren Christen sich schämen sollten.

**Die deutsche Bevölkerungsbewegung!** In der Bevölkerungsbewegung haben sich in der Nachkriegszeit einschneidende Veränderungen vollzogen. Es zeigt sich, daß die Zahl der Geburten bedeutend zurückgeht und die Lebensdauer der Menschen steigt. Diese Erscheinung läßt sich nicht nur in Deutschland feststellen, sondern auch in anderen Ländern, hauptsächlich aber in Europa. So in England, Ungarn, Litauen und der Schweiz, während in Frankreich, Schottland, Irland, der Tschechoslowakei und Italien im allgemeinen in der Nachkriegszeit der Geburtenüberschuß gleich blieb. Nur noch zwei Drittel der Anzahl der Kinder, wie 1913 werden heute in Deutschland geboren. Der Geburtenüberschuß ist in Deutschland niedriger als die Hälfte der Dorkriegszeit. Ein kleiner Ausgleich in der Bevölkerungszahl entsteht dadurch, daß heute verhältnismäßig weniger Leute sterben als früher. Die durchschnittliche Lebensdauer war 1901 bis 1910 für Frauen 48 Jahre, 1924 bis 1928 etwa 58 Jahre, für Männer vor dem Kriege 44 Jahre, heute etwa 57 Jahre. Daraus erklärt sich heute die Zunahme der deutschen Bevölkerung, die von 61,7 Millionen im Jahre 1923 auf 64,1 Millionen im Jahre 1929 gestiegen ist. Während 1923 rund 860 000 starben, schieden 1929 bei der um rund 2,4 Millionen Köpfe gestiegenen Bevölkerung nur noch 810 000 durch Tod aus. Im Jahre 1913 starben bei 67 Millionen Einwohnern rund 1 Million. Der Zugang durch Geburten sank von 1,3 Millionen im Jahre 1923 auf 1,1 Millionen 1929. Der Geburtenüberschuß stellte sich 1923 auf 440 000, im Jahre 1929 auf 341 000.